Donnerstag, 10. August 1922 | Einzelnummer 30 Mark. | 61. Jahrgang. Nr. 178.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Auslandsdeutsche und die Heimat.

Die Stuttgarter Zeitschrift „Der Auslandsdeutsche" bringt in ihrer letzten Nummer folgende Zuschrift eines Auslandsdeutschen, die auch für uns Deutsche in Polen manches Beherzigenswerte enthält.

Wir wollen nicht von jenen Deutschen sprechen, die einmal im Ausland waren, oder von denen, die vorübergehend ins Ausland gehen, sondern von jenen, die bodenständig geworden sind im Ausland, das heißt von den Deutschen, die Freud und Leid in einem anderen Land mit einem anderen Volke teilen. Den Deutschen, die hinausziehen und sich draußen fremden Sitten und Gebräuchen anpassen, wird man zu Hause zu oft nicht gerecht, wenn man ihnen vorwirft, sie seien keine guten Deutschen. Dieser Vorwurf ist meistens nicht am Platz, und zwar hauptsächlich deshalb, weil eben die Heimatbevölkerung sich zu wenig mit den Dingen, die das Ausland befassen und angehen, abgibt und daher zu wenig Verständnis dafür hat. Da liegt der größte Fehler, nicht an den Deutschen, die draußen sind. Es wäre bedauerlich, wenn es nur Deutsche im Auslande gäbe, die meinen, allein Herr in der Welt zu sein und die glauben, andere Völker nach ihrer Fasson selig machen zu können. Leider trifft man viele solcher Landsleute, es sind allerdings meist nur solche, die auf kurze Zeit ins Ausland gehen, aber sie schaden der deutschen Sache sehr. Der Deutsche, der ins Ausland gehen will, muß zu schätzen wissen, daß das Land, in das er geht, ihm Gastfreundschaft gewährt. Als Gast hat man sich aber stets nach den Gepflogenheiten der Gastgeber zu richten, das ist das erste Gebot des Anstandes. Nicht nur das, sondern die Auslandsdeutschen, die draußen Stellung nehmen, müssen sich in die Seele des fremden Volkes einleben. Das ist nicht charakterlos, sondern das ist Pflicht des Gastes. Nur jene sind feige Gesellen, die ihre deutsche Abstammung verleugnen oder die da behaupten, sie hätten sich im Krieg gedrückt, um sich dadurch im feindlichen Ausland lieb Kind zu machen.

In aller Herren Ländern ist Feigheit kein Ruhmeszeichen, also kann man sich damit keine Lorbeeren sammeln. Wahr sein, das ist die Hauptsache, dadurch gewinnt der Einzelne und mit ihm das ganze Volk wieder Vertrauen. Niemand soll glauben, es sei leicht, als Deutscher im Ausland zu sein.

Noch werden in der Heimat immerfort zu grobe Fehler begangen, die das Ansehen der Deutschen im Ausland immer wieder erschüttern. Schwachköpfe suchen hoher Intelligenz mit dem Revolver zu begegnen, die deutsche Industrie hat die Tendenz, durch reichliche Aufträge verwöhnt, protzig zu werden, die deutschen Vertreter im Ausland leben allermeist zu sehr in amtlicher Luft, wo ihnen die Erkenntnis der Volksseele des Gastgebers verschlossen bleibt.

Es darf ganz ruhig behauptet werden, daß die Inlanddeutschen kaum tiefer und herzlicher an ihrem Vaterland hängen als die Auslanddeutschen. All den Spöttern möchte man mal anraten, Deutschen im Ausland zuzuhören, wie sie ein deutsches Lied singen, sie zu beobachten, wie sie ein deutsches Schiff, ja einen deutschen Eisenbahnwagen bewundern und lieben, unter ihnen zu weilen, wenn sie im trauten Familienkreis einen deutschen technischen, sportlichen usw. Erfolg feiern. Man verlange von den Deutschen im Ausland nicht, sie sollen sich benehmen wie Engländer und Franzosen dies im Ausland tun, sie bleiben doch Deutsche mit all ihren Eigenarten.

Wir Auslandsdeutschen haben der Heimat gar oft mehr vorzuwerfen, als sie uns vorwerfen will. Bleibt Deutsche im Lande, haltet fest an den Eigenarten des einzelnen Ortes und rennt nicht jedem ausländischen Namen nach, dann habt Ihr an den Auslandsdeutschen nicht mehr so viel auszusetzen; versteht sie besser und entfremdet sie nicht der Heimat, die nicht mehr ist, wie sie war, als ihre Söhne und Töchter sie verließen, um deutsche Pioniere im Ausland zu werden. Pionier sein heißt stiller, tüchtiger Arbeiter sein.

Die Heimat ist dazu berufen, uns die Heimat zu erhalten.

Bliebe nichts als der Mutter Grabhügel in heimatlicher Erde, es würde genügen, um das deutsche Herz der heimatlichen Scholle zu erhalten. Michel Teutsch.

Die Verfassungsfeier in Berlin.

Ein neuer deutscher Nationalfeiertag soll bekanntlich der 11. August sein, der Tag, an dem die Weimarer Nationalversammlung die neue Reichsverfassung annahm.

Um allen Republikanern, die zu den großen Veranstaltungen der Parteiorganisationen und der Jugend keinen Einlaß mehr finden, Gelegenheit zu einer Feierstunde zu geben, ladet das Kartell republikanischer Verbände zur Teilnahme an einem großen Abendmeeting in Berlin vor dem Alten Museum und dem Dom im Lustgarten ein. Im Rahmen musikalischer Darbietungen werden um 8¼ Uhr abends etwa zehn Redner aller republikanischer Parteien auf die Bedeutung des Tages hinweisen. Bekannte Berliner Schauspieler werden Verse aus der Achtundvierzigerliteratur sprechen. Nach Schluß der Kundgebung formiert sich ein allgemeiner Fackelzug, der sich mit dem aus dem Friedrichshain kommenden Zuge der republikanischen Jugend vereinigt und zum Staatstheater zieht.

Die Londoner Konferenz.

Poincarés Absichten.

London, 7. August. Wie heute abend bekannt wird, behandelte nunmehr Poincaré in seiner heutigen Rede zunächst die Kontrollmittel, die die Alliierten gegenüber der Kapitalflucht und der Finanzgebarung Deutschlands anwenden sollen; ebenso die Mittel gegen die Spekulation, sowie die finanziellen Sanktionen und Strafmaßnahmen. Der französische Premierminister glaubt, daß es entsprechend seinem Vorschlage nötig sein werde, Deutschland entweder eine Kollektivnote der Alliierten zu übersenden, oder aber eine französische Note, die vorher von England und Italien gebilligt worden ist. In der Vormittagssitzung streifte Poincaré lediglich diesen Vorschlag, aber in der Nachmittagssitzung wurde er dann im einzelnen behandelt, nachdem der Entwurf den übrigen Alliierten vorgelegen hatte. Die Frage der internationalen Schuld wird wahrscheinlich erst morgen nachmittag angeschnitten werden. In diesem Punkte wünscht Frankreich nähere Angaben über gewisse Teile der letzten Note Balfours, insbesondere was die Streichung der alliierten Schulden gegenüber England in dem Verhältnis zu dem Betrag angeht, den England Amerika schuldet.

Konferenz der alliierten Finanzminister.

London, 7. August. Zur Prüfung gewisser Einzelheiten der Vorschläge Poincarés werden die alliierten Finanzminister sowie die Sachverständigen am morgigen Dienstag ½11 Uhr im englischen Schatzamt unter Vorsitz von Sir Robert Horne zusammentreten. Eine Vollversammlung der Konferenz wird dann später zusammentreten, um den Bericht des genannten Komitees zu prüfen.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich.

Fünffacher Rechtsbruch der Franzosen durch die Strafmaßnahmen.

Im Reichskabinett wurde gestern nachmittag die von der französischen Regierung beschlossenen „Retorsionsmaßnahmen" besprochen. Wie wir von wohlinformierter Seite hören, kommen für die Beurteilung der Sachlage folgende Gesichtspunkte in Betracht:

Nach Punkt 1 der französischen Note haben die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg Weisung erhalten, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben. Dies widerspricht nicht nur den Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebauten Clearingsystems, sondern auch der positiven Bestimmung des § 5 der Anlage zu Artikel 296, in dem vorgesehen ist, daß das Schuldneramt dem Gläubigeramt binnen angemessener Frist (en temps utile) die anerkannten Forderungen bekannt zu geben hat. Unter der angemessenen Frist kann nach dem Sinn dieser Bestimmung nur eine solche verstanden werden, wie sie von den Ausgleichsämtern selbst infolge des Geschäftsganges für notwendig erachtet wird. Eine Weisung der Regierung, jede Bekanntgabe von Anerkenntnissen an das gegnerische Amt bis auf weiteres zu unterlassen, ist mit dieser Vorschrift nicht vereinbar.

Zum zweiten Punkt der französischen Note ist folgendes zu sagen: In einem Abkommen vom August bis September 1921 hat sich Frankreich verpflichtet, diejenigen Entschädigungsbeträge, die Deutschland auf Grund des Artikels 297 e zu tragen hat, an die französischen Staatsangehörigen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu zahlen. Die Einstellung der Zahlungen dieser Entschädigungen, welche die französische Regierung nun ankündigt, bedeutet einen Bruch dieses Abkommens. Die Verpflichtung der deutschen Regierung zur Barzahlung auf diese Entschädigungen erschöpft sich nach dem Abkommen in der Leistung derjenigen Beträge, zu deren Deckung die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums nicht ausreichen.

Nach Punkt 3 der französischen Note haben die französischen Ausgleichsämter die Anweisung erhalten, bis auf weiteres dem deutschen Ausgleichsamt die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben. Nach Artikel I, 297 h hat aber Frankreich die Liquidationserlöse dem deutschen Ausgleichsamt gutzuschreiben. Zur Ergänzung dieser Bestimmungen ist im April 1921 zwischen Deutschland und Frankreich ein Abkommen geschlossen worden. Danach soll das französische Ausgleichsamt binnen 15 Tagen, nachdem der Betrag ihm überwiesen worden ist, spätestens binnen drei Monaten nach dem die Liquidation bestätigenden Urteile dem deutschen Ausgleichsamt die Gutschrift mitteilen. Wenn also in Zukunft das französische Ausgleichsamt die Liquidationserlöse überhaupt nicht mehr mitteilen sollte, so liegt auch hier eine glatte Verletzung bindender Verpflichtungen vor.

Das Verbot der weiteren Möbelausfuhr aus Elsaß-Lothringen, das im Punkt 4 der französischen Note mitgeteilt wird, bedeutet einen Bruch des Baden-Badener Abkommens vom 15. November 1919. Es handelt sich hier um Möbel und Kleidungsstücke vertriebener Deutscher, deren Freigabe von Frankreich in einem förmlichen schriftlichen Vertrag zugesagt worden ist. Die Zahlung von 25 Millionen Francs, die Deutschland in diesem Vertrage übernommen hatte, ist bereits vor längerer Zeit erfolgt.

Bemerkenswert ist auch, daß der französische Generalkommissar in Straßburg schon am 19. Juli 1922 im Zusammenhang mit dem deutschen Stundungsgesuch die Einstellung des Abtransportes angeordnet hat, d. h. zu einer Zeit, als der weitere Verlauf der Angelegenheit noch ganz offen war.

Schließlich werden noch Sicherungsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen in Aussicht gestellt, aber nicht näher bezeichnet. Was die französische Regierung durch diese Andeutungen ankündigen will, ist nicht ersichtlich.

*

Es ist klar, daß jede einzelne der von Poincaré angeordneten Strafmaßnahmen eine Rechtsverletzung ist, von „Retorsionen" also keine Rede sein kann. Die vorstehende offiziöse Darstellung liefert nochmals im einzelnen den unanfechtbaren Nachweis der Unhaltbarkeit des französichen Vorgehens.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 8. August. Gestern nachmittag um 5 Uhr trat die Reichsregierung zu der von uns angekündigten Sitzung zusammen, um sich mit den wirtschaftlichen Folgen der „Retorsionen" Poincarés und mit der Haltung gegenüber diesen „Retorsionen" zu beschäftigen. Der Vertreter des Wiederaufbauministeriums erstattete Bericht. Hieran schloß sich eine Debatte, in der insbesondere die rechtliche Lage besprochen wurde. Nach einstündiger Aussprache wurde die obige amtliche Darstellung vereinbart. Über die Schritte, die das Kabinett unternehmen will, wurden noch keine Beschlüsse gefaßt. Wie jedoch verlautet, wird die Reichsregierung Protest gegen die neuen Zwangsmaßnahmen erheben. Die notwendigen Beschlüsse wurden heute in einer Kabinettssitzung gefaßt.

Verschiedene Rezepte für das kranke Europa

Lloyd George ist ratlos.

London, 7. August. Gestern abend herrschte der Eindruck vor, das infolge der Differenzen zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkte nichts getan werden könne, um die Wirtschaftslage Europas zu retten, und daß Lloyd George möglicherweise daran denke, diese Aufgabe einem konservativen Minister zuzuschieben und es diesem zu überlassen, den Knoten des Reparationsproblems zu lösen. In gewissen Kreisen spricht man sogar von unmittelbar bevorstehenden allgemeinen Wahlen, um Lloyd George ein neues Mandat auf Grund der in der Balfournote angedeuteten Politik zu geben.

In offiziellen Kreisen wird immer wieder betont, daß Poincaré, in seinem Bestreben, einen neuen Druck auf Deutschland auszuüben, nicht dazu beiträgt, die Aufgabe der Konferenz zu erleichtern. Man hält diesen Druck im heutigen Augenblick für höchst untunlich und zieht die Gesetzmäßigkeit des französischen Schrittes auch hier in Zweifel.

Englischerseits wünscht man ein Moratorium für die Barzahlungen bis 1924 zu erreichen, nimmt aber an, daß in der Zwischenzeit Sachlieferungen in großem Umfange geleistet werden sollen. Ein solcher Aufschub würde Deutschland die nötige Atempause gewähren.

Der Vorschlag Bradburys.

Paris, 7. August. Die Reparationskommission hat der Presse gestern abend folgendes Communiqué übergeben: Im Laufe der Sitzung vom 3. August hat die Reparationskommission das folgende Projekt geprüft, das der englische Delegierte Sir John Bradbury vorgelegt hat. Die Kommission hat mit drei gegen eine Stimme beschlossen, daß eine Entscheidung über dieses Projekt erst nach der Konferenz von London gefällt wird.

Der Vorschlag Bradburys ist wie folgt abgefaßt: Infolge der gegenwärtigen Finanzlage Deutschlands und des Sturzes der Mark ist die Reparationskommission der Ansicht, daß es nötig geworden ist, bis zum Schluß des Jahres 1922 alle Barzahlungen, die Deutschland zu machen hat, aufzuheben.

Die Kommission empfiehlt daher den verbündeten Regierungen, alle Ausgleichszahlungen aufzuheben, unter der Bedingung, daß die monatliche Summe von 500 000 Pfund Sterling, die die deutsche Regierung für diese Operation aufzubringen hat, der Reparationskommission eingezahlt wird, um von dieser zu einem Zwecke verwendet zu werden, der später festgesetzt wird. Wenn die verbündeten Regierungen diese Empfehlung annehmen, stimmt die Kommission zu, die übrigen Zahlungen, die noch im Laufe des Jahres 1922 zu machen sind, ebenfalls aufzuheben. Der Betrag derartig gestundeter Zahlungen soll gleichzeitig mit den durch die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 gestundeten Zahlungen vorgetragen werden.

In Anbetracht der Dringlichkeit der augenblicklichen Lage hat es die Kommission nicht für nötig erachtet, für dieses Moratorium neue Bedingungen vorzuschlagen.

Immerhin wird es nötig sein, mit möglichster Kürze den Betrag festzusetzen, der von Deutschland im Laufe der Jahre 1923 und 1924 zu verlangen ist. Die ganze Frage der vorzuschlagenden Bedingungen wird als integrierender Teil dieser Entscheidung später zu prüfen sein.

Das Rezept Keynes'.

London, 7. August. Der bekannte Volkswirtschaftler Keynes hat gestern in einer längeren Rede ausgeführt, das einzige Mittel, um die augenblickliche Finanzlage zu retten, sei die Anwendung folgender vier Grundsätze: 1. Ein sofortiges Moratorium für Deutschland von mindestens einem Jahre; 2. Einberufung einer internationalen Konferenz, um das Problem der Reparationen und der interalliierten Schulden zu diskutieren; 3. Aufgeben des Planes der Verbündeten, die Pensionen durch Deutschland bezahlen zu lassen; 4. sofortige Räumung der besetzten Gebiete.

Theunis' Plan.

London, 9. August. Der „Intransigeant" veröffentlicht eine Nachricht, nach der der belgische Ministerpräsident der Konferenz morgen ebenfalls einen neuen Plan überreichen wird. Es heißt, daß Theunis bereits seit einigen Wochen an diesem Plan arbeitete und daß er ihn gestern abend vollendet habe.

Belgien nicht in Übereinstimmung mit Frankreich.

Brüssel, 8. August. Ebenso wie die übrigen europäischen Blätter verfolgt die belgische Presse die Verhandlungen in London mit beträchtlichem Pessimismus. „Etoile Belge" findet, daß die französischen Retorsionen ein seltsames Vorspiel der Konferenz seien. „Libre Belgique" bestätigt, daß Belgien sich in der Reparationsfrage nicht in Uebereinstimmung mit Frankreich befindet und verweist darauf, daß Ministerpräsident Theunis vor kurzem im Senat ausgeführt hat, die Eintreibung der 122 Milliarden Goldmark von Deutschland sei unmöglich. Das Blatt fährt dann fort: „Theunis hat bis jetzt kein schlechtes Geschäft gemacht. 60 Prozent der Belgien auf Grund seines Vorrechtes aus den Reparationen zustehenden Summen sind in unsere Kassen geflossen. Auch der Rest muß gerettet werden, und damit beschäftigt sich Theunis in seiner Eigenschaft als Finanzminister." Theunis hat in einer der letzten Kabinettssitzungen die Lage besprochen und ebenso seine geringen Hoffnungen und seine Pläne auseinandergesetzt. Nach den weiteren Ausführungen des „Libre Belgique" kennt Theunis die Absichten Poincarés genau und steht auf dem Standpunkt, daß das Projekt Poincarés nur unter großen Schwierigkeiten, wenn überhaupt, durchführbar sei. Die Auffassung Theunis' sei aber, daß das von Frankreich beabsichtigte System der Schuldeneintreibung überhaupt nicht den Namen eines Systems verdiene. Der belgische Vorschlag werde aber der Londoner Konferenz erst vorgelegt werden, wenn man jede andere Möglichkeit habe falle lassen. müssen. Belgien wünsche die Empfindlichkeit der an den Verhandlungen Beteiligten nicht zu kränken. „Libre Belgique" betont dann, es sei nicht richtig, daß Belgien sich auf der Konferenz lediglich von dem Interesse an der Wahrung seines Vorrechts leiten lasse. Im ganzen wird hier bestätigt, daß Belgien dem nachgiebigen Standpunkt Englands zuzuneigen scheint, besonders in der Reparationsangelegenheit.

Der Höchstbetrag der Reparationen 20 Milliarden?

Was den Betrag der Wiedergutmachungszahlung, der Deutschland zugemutet werden könnte, angeht, so teilt der meist zuverlässige „Times"-Korrespondent mit, ihm sei von einer der Wiedergutmachungskommission sehr nahestehenden Persönlichkeit mitgeteilt worden, daß es sich im Höchstfalle um einen Betrag von 20 Milliarden Goldmark handeln könnte. Dieselbe „hohe Persönlichkeit" hat aber demselben Korrespondenten vor zwei Monaten gesagt, daß man die Summe, die Deutschland zu zahlen hätte, höchstens auf rund 50 Milliarden Goldmark ermäßigen könnte. Die Summe von

20 Milliarden wird von dem „Times“-Korrespondenten zum ersten Male in der Öffentlichkeit genannt. Aber es war bereits bekannt, daß seit dem Marksturz die Versuche, den Betrag der deutschen Zahlungen festzusetzen, sich immer mehr in der Richtung auf 20 Milliarden bewegt haben. Aber damals war diese Schätzung noch nicht „politisch reif“.

Englands Ansicht über die Ausgleichszahlungen.

Paris, 7. August. Der „Temps“ läßt sich aus London melden, daß die englische Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen folgende Vorschläge gemacht habe: 1. Die Monatsraten sollen nach dem Vorschlage der deutschen Regierung auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden. 2. Die Zahlungen sollen nicht mehr durch die Ausgleichsämter, sondern durch die Reparationskommission einkassiert werden. Der zweite Teil dieses Vorschlages soll bereits der Reparationskommission zur Begutachtung vorgelegt worden sein, die aber ihre Entscheidung nicht vor der Londoner Konferenz treffen will.

Der „Temps“ sieht in diesem englischen Vorschlage eine Bedrohung der Interessen der französischen Gläubiger. Er befürchtet, daß die französischen Forderungen von der Reparationskommission nicht mit dem gleichen Nachdruck geltend gemacht würden, wie von den Ausgleichsämtern.

Die Maßnahmen im Elsaß.

Paris, 6. August. Der „Matin“ läßt sich aus Straßburg melden, die dortselbst anwesenden Abgeordneten hätten gestern einen Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem sie seine Aufmerksamkeit auf die Unzuträglichkeiten lenken, die aus unangemessenen Sanktionen entstehen könnten. In den deutschen Kreisen des Elsaß soll eine große Aufregung herrschen, denn man glaubt trotz der offiziellen Dementis an eine Massenausweisung. Die Deutschen, so heißt es in dem Telegramm, setzen Himmel und Erde in Bewegung, um im Lande bleiben zu können. Der Berichterstatter des „Matin“ fügt hinzu, er habe sich im Laufe des gestrigen Nachmittags an die Grenze begeben. Alles deute darauf hin, daß Sanktionen unmittelbar bevorstehen. Im Laufe der Nacht wurde die Paßkontrolle mit großer Strenge durchgeführt. Die Unterpräfekten der Grenzbezirke haben besondere Anweisung erhalten und wurden aufgefordert, unter keinen Umständen ihren Posten zu verlassen.

Das „Journal“ bestätigt in einem Straßburger Telegramm im großen und ganzen die obigen Meldungen. Das Blatt fügt hinzu, es erfahre aus sicherer Quelle, daß gestern abend die ersten sechs Ausweisungen von deutschen Agitatoren stattgefunden hätten. Allerdings ständen diese in Beziehung zu den neutralistischen Wühlereien, die sich bereits im Verlaufe der von Zorn v. Bulach veranstalteten Versammlungen bemerkbar gemacht hätten. Höheren Ortes spricht man von gewissen Einflüssen, die sich zugunsten gewisser unliebsamer Deutscher bemerkbar machen, die sich bereits auf der Liste der zur Ausweisung vorgesehenen Deutschen befunden haben sollen. Diese Intervention soll nach dem „Journal“ in der Stadt einen unangenehmen Eindruck machen. Die öffentliche Meinung hoffe, daß das Werk der Gerechtigkeit und nationalen Gesundung durch nichts aufgehalten werde

Die kommenden Sejmwahlen.

Der Wojewodenkongreß.

Warschau, 9. August. Gestern früh fanden im Innenministerium die Beratungen des Wojewodenkongresses statt, die der Durchführung der kommenden Sejmwahlen gewidmet waren. In der Vormittagssitzung wurden folgende Fragen besprochen: Die Wahlfreiheit, wobei besonders betont und einmütig anerkannt wurde, daß die Haltung der Behörden während den Wahlen von vollkommener Objektivität getragen sein müsse. ferner die mit der Wahlaktion sowie der Herausgabe entsprechender Instruktionen verknüpften Fragen. Die Beratungen wurden auf den Nachmittag vertagt.

Starostentagung.

Lodz, 9. August. Am 11. d. Mts. findet eine Tagung der Starosten der Lodzer Wojewodschaft zwecks Besprechung der mit den Sejm- und Senatswahlen verbundenen Fragen statt.

Die Rechte schließt sich zusammen.

Der Oberste Rat des Nationalen Volksverbandes hat beschlossen, die Wahlaktion selbständig durchzuführen und die Bildung von Blöcken in einigen Bezirken zuzulassen. Nach dem „Kurjer Poranny“ handelt es sich um ein Zusammengehen mit der Christlichen Demokratie und der Dubanowicz-Gruppe in den meisten südöstlichen Bezirken von Kongreßpolen und dem Posener Gebiet.

Der Standpunkt der Nationalen Volksvereinigung.

Der Oberste Rat der Nationalen Volksvereinigung hat beschlossen, daß die Partei die kommende Wahlaktion im Prinzip selbständig führen soll. Konföderationen mit anderen Parteien sind nur unter besonderen Umständen in einzelnen Bezirken zulässig.

Die Arbeiten des Sejm ganz beendet.

Die Arbeiten des Sejm sind ganz beendet worden. Gestern fand die letzte Sitzung des Wasserausschusses statt. Die Mehrheit der Abgeordneten ist schon aus Warschau abgereist. Die Beamten der Sejmkanzlei treten ihren Urlaub an.

Die Frage der Sejmwahlen in Ostgalizien und Wilna.

Der in Lemberg erscheinenden „Chwila“ wird aus London berichtet:

Im englischen Unterhause richtete der Abgeordnete Mosky an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob die polnische Regierung die Absicht hätte, die Sejmwahlen auch in Ostgalizien durchzuführen. Unterstaatssekretär Harmsworth erwiderte darauf, daß der polnische Sejm am 20. Februar l. J. den Beschluß gefaßt hätte, die Wahlen spätestens am 1. Oktober 1922 durchzuführen. Die englische Regierung erwarte eine Erklärung der polnischen Regierung bezüglich der Wahlen in Ostgalizien. Zur Zeit — so sagte der Staatssekretär — kann ich mich noch nicht dazu äußern, ob eine Intervention bei der polnischen Regierung vonnöten wäre.

Abg. Mosky: „Hat die polnische Regierung erklärt, daß sie von der Durchführung der Wahlen in Ostgalizien Abstand nimmt? Würde nicht andernfalls die Durchführung der Wahlen in Ostgalizien eine Verletzung des Artikels 91 des Friedensvertrages von Saint Germain bedeuten, auf Grund dessen die alliierten sowie associerten Mächte doch schließlich befugt sind, über die Rechte Ostgaliziens zu entscheiden? Wäre nicht die Ausschreibung der Wahlen in diesem Lande seitens Polens ein Akt eigenmächtigen Handelns? Harmswort: In dieser Angelegenheit erwarten wir von der polnischen Regierung eine Aufklärung.“

Wie wir sehen — so schreibt hierzu „Nasz Kurjer“ — könnte uns die Vornahme der Wahlen in Ostgalizien in einen internationalen Konflikt verwickeln. Auch unsere Eigentumsrechte hinsichtlich des Wilnaer Gebiets stellen sich in internationaler Beziehung nicht ganz geklärt dar. Auf der letzten Sitzung des Botschafterrates ist polnischen Zeitungsmeldungen zufolge grundsätzlich beschlossen worden, Litauen de jure anzuerkennen, und ein Sonderausschuß beschäftigte sich mit der Ausarbeitung eines politischen Statuts für Memel. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß das Kownoer Litauen in seinen heutigen Grenzen keine Lebensfähigkeit besitzt, und wenn der Botschafterrat gewillt ist, es trotzdem als einen unabhängigen Staat anzuerkennen, so muß er damit offenbar irgendwelche ernsteren Absichten verfolgen.

Auf die Möglichkeit, daß die Wilnaer Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, weist auch die unaufgeklärte Unlust der Kownoer Regierung hin, ihre Beziehungen Polen gegenüber zu regeln. Man kann dies unmöglich nur auf das Konto der sprichwörtlichen „litauischen Halsstarrigkeit“ setzen. Hieraus folgt, daß gegen die Einführung der Sejmwahlen in Ostgalizien, wie auch im Wilnaer Gebiet gewichtige Gründe vorliegen. Demnach drängt sich sogleich die Frage auf, ob man die Wahlen, weil sie in diesen zwei Bezirken unmöglich sind, ganz vertagen oder aber diese beiden Provinzen nur vorübergehend davon ausschließen soll.

Polnische Gesandtenkonferenz in Warschau.

Warschau, 8. August. Der Außenminister Narutowicz hat die folgenden Gesandten nach Warschau berufen: Dem Gesandten beim Quirinal, August Zaleski, den Gesandten beim Vatikan, Władisław Skrzyński, den Gesandten in Prag, Pilz, den Gesandten in Wien, Lasocki, den Gesundten im Haag, Sobański, ferner Wróblewski aus London, Stefański aus Moskau, Sokolnicki aus Helsingfors und den Legationsrat und ersten Gesandtschaftssekretär in Paris, Lukasiewicz. Der neue Außenminister will mit den Auslandsvertretern eine Konferenz abhalten, die mit der Reise des Staatspräsidenten ins Ausland im Zusammenhang stehen soll. In politischen Kreisen sind Gerüchte im Umlauf, daß die Zusammenkunft der polnischen Auslandsvertreter mit Neubesetzung einiger Auslandsposten verbunden sein soll. So verlautet z. B., daß der polnische Gesandte in London, Wróblewski, von Skirmunt abgelöst werden soll.

Aus Oberschlesien.

Der Wojewode Rymer hat sein Mandat niedergelegt

Der schlesische Wojewode Rymer hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. Er gehörte zur Nationalen Arbeiterpartei.

Die Grenzkommission an der Arbeit.

Kattowitz, 7. August. Die interalliierte Grenzkommission wird in der Zeit vom 13. August bis zum 21. Oktober die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien in Augenschein nehmen, um zu prüfen, ob diese Grenze den wirtschaftlichen Grundsätzen entspricht.

Einschreiten gegen Korfantys Agitation.

Paris, 8. August. „Matin“ meldet aus Warschau: Der Staatschef hat dem Ministerrat Vorschläge unterbreitet, die sich gegen die Duldung der neuen Korfantyschen Agitation für die Nichtdurchführung des deutsch-polnischen Oberschlesienabkommens richten. Der Schritt des Staatschefs gilt als ein konstitutioneller Akt, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. da in Polen Beamtentum und Heer sich nur widerwillig der Zweiteilung Oberschlesiens gefügt haben.

Aus Litauen.

Die Forderungen der Staatsfunktionäre in Kowno.

Kowno, 8. August. Der Vorstand des Berufsverbandes der Staatsfunktionäre in Kowno hat sich an den Sejm mit der Forderung gewandt, eine Teuerungszulage auszuzahlen und Wohnung und Feuerung zu liefern, da die Staatsfunktionäre überhaupt, besonders die jüngeren, nicht in der Lage sind, mit den Gehältern, die sie erhalten, auszukommen.

Besserung der Lage in Italien.

Rom. 7. August. Im Ministerrate teilte der Minister des Innern Taddei mit. daß überall im Lande eine erhebliche Besserung der Lage eingetreten sei. überall gehen die Militärbehörden mit der größten Energie vor. Von Ausschreitungen wird inzwischen gemeldet, daß in Genua das Haus des sozialen Blattes „Lavoro“, in Bologna die Arbeitskammer von Faszisten angezündet wurde.

Laut einer Mitteilung der Leitung der Faszistenpartei sind sämtliche Hafenarbeiter von Ancona heute in ihrer Gesamtheit zur Faszistenpartei übergetreten. Ähnliche Bekenntnisse zum Faszismus erfolgten in Ferrara und Bologne. über die Provinzen Mailand, Genua, Ancona, Livorno, Parma wurde bis auf weiteres der Belagerungszustand verhängt.

Sympathieerklärung der Faszisten für Deutschland.

Bern, 7. August. Das faszistische Organ „Popolo d'Italia“ veröffentlicht einen Berliner Brief, worin zunächst die „Sympathie des Faszismus für die deutsche Republik“ ausgesprochen wird. Diese bedeute heute die deutsche Einheit, die dem Italiener sehr am Herzen liege. Der Widerstand Deutschlands gegen die systematische französische Vernichtungspolitik finde in Italien ein zustimmendes Echo. Wie könne man nur annehmen, daß der Faszismus die monarchischen Umtriebe in Deutschland billige, die schließlich nur eine Schwächung des deutschen Namens bedeuteten, während die Italiener gerade Deutschlands zunehmende Stärke wünschen müßten. Rathenaus Ermordung habe lediglich die Festigung der Republik bewirkt. Der Brief erkennt Wirths Opfermut an, daß er unter solchen Umständen die Bürde der Regierung trage. aber Wirth sage sich. daß die Fortschritte des Völkerrechts das Verbrechen von Versailles aufheben werde. „Der gemeinsame Schmerz“, so schließt der Verfasser, „muß das deutsche Volk immer mehr einigen.“

Berlin. 8. August. Die Lage in Italien hat sich bedeutend gebessert. Auch in Mailand ist der Streik beendet worden. In der Provinz Livorno haben sich verschiedene sozialistische Verbände aus Furcht vor Ueberfällen der Faszisten aufgelöst. Der Vorstand der Sozialisten in Verona ist zurückgetreten.

Demobilisierung der Faszisten.

Rom, 8. August. Die Faszisten haben einen Demobilisierungsbefehl erlassen. der die Abteilungen auffordert, an ihre Aufenthaltsorte zurückzukehren.

Der Schaden am „Avanti“-Gebäude in Mailand.

Mailand, 7. August. (Telunion.) Im Verlags- und Redaktions-Gebäude des „Avanti“ ist der durch die Erstürmung entstandene Schaden nicht so groß, wie anfänglich angenommen wurde. Die große Druckerei des „Avanti“ ist fast unversehrt. durch die Brandbomben der Faszisten ist nur eins der Büros und die Papiervorräte vernichtet. Die militärische Besatzung des „Avanti“-Gebäudes ist verstärkt worden. Alle Straßenzugänge wurden militärisch besetzt.

Deutsch-italienischer Vertrag über beschlagnahmtes Vermögen.

Berlin, 8. August. Nach Meldungen einer italienischen Agentur bestimmt die deutsch-italienische Konvention über die Rückgabe des in Italien sequestrierten deutschen Vermögens u. a., daß Deutschland nach Ratifizierung dieser Konvention an Italien die erste Rate in Höhe von 135 Millionen Lire bezahlen wird, wonach die Rückgabe des deutschen Vermögens in gleichem Werte erfolgt. Alle Einkünfte sollen im Laufe von 8 Jahren durchgeführt werden. Die italienische Regierung behält sich das Recht einer neuen Zwangsverwaltung für den Fall vor, wenn

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von **Erich Ebenstein**.

(64. Fortsetzung.)

„Seien Sie nicht zu sicher! Er wird sich wehren wie ein Toller! Sie, Stein, durchsuchen dann die Hütte. Ich habe Grund, anzunehmen, daß er die Papiere, die er der Nabl raubte, nicht vernichtete oder aus der Hand gab. Ein Mensch wie er, sichert sich für die Zukunft. Mit den Papieren der Eisler könnte er von seinem Neffen später erpressen, was er wollte — ohne sie — hatte er keine Macht über ihn. Wahrscheinlich ging ein Streit, den sie bereits einmal hatten, um die Herausgabe dieser Papiere. Trachten Sie, sie zu finden! Ich muß sie haben!“

„Wenn sie existieren, Herr Hempel, werde ich sie finden,“ antwortete der Detektiv eifrig. „Aber werden Sie denn nicht selbst dabei sein, wenn wir den Schurken fangen?“

„Nein! Ich habe nur auf Sie gewartet. Ich muß sofort nach Senkenberg. Wenn ihre Arbeit am Steinbruch getan ist, kommen Sie alle auch dorthin.“

„Mit dem Verbrecher?“

„Ja! Ich werde inzwischen den zweiten dort dingfest machen. Dann können wir sie gleich konfrontieren. Die Ueberraschung der ersten Stunde ist Goldes wert und entlockt oft auch hartgesottenen Sündern Geständnisse. Außerdem wüßte ich niemand, der des alten Lavandal Identität sicherer feststellen könnte, als Herr von Senkenberg. Todfeinde vergißt man nie — auch wenn Dezennien dazwischen liegen. Und nun gehen Sie mit Gott!“

„Und ich?“ fragte Felix, als sie allein waren. „Was geschieht mit mir? Darf ich endlich zu Melitta?“

„Endlich?! Wir sind kaum eine halbe Stunde hier! Uebrigens hat Fräulein von Brankow momentan keine Zeit für Sie. Sie ist zum Diner nach Senkenberg, und dort werde ich vor allem trachten, ihrer habhaft zu werden. Wenn Sie sich nichts daraus machen, vielleicht ein paar Stunden allein in Peter Marks Stube zu sitzen, so glaube ich, ihnen aber nachher wohl ein Wiedersehen mit ihr versprechen zu können.“

XXIX.

„Ach, Herr — lieber Herr — — wie sieht er ihm ähnlich! Genau so sah mein armer Gebieter aus, als ich ins Haus kam! Und jetzt — aber ist es denn wirklich möglich? Täuschen Sie mich auch bestimmt nicht?“

Peter Mark sprach die Worte mit zitternder Stimme, während ihm die Tränen über die Backen liefen.

Silas klopfte ihm beruhigend auf die Achsel.

„Na, na, Alter, nur nicht so den Kopf verlieren! Was soll denn Ihr Herr denken, wenn Sie so vor ihn hintreten und mich anmelden? Natürlich ist es wahr, daß Ihres Herrn leiblicher Sohn in Ihrer Stube sitzt! Später, wenn wir mal Zeit haben, werde ich Ihnen alles ganz ausführlich beweisen. Jetzt haben wir Wichtigeres zu tun. Wann beginnt das Diner?“

„In einer Viertelstunde soll serviert werden.“

„Gibt es eine bestimmte Tischordnung?“

„Ja! Auf jedem Platz liegt eine Karte mit dem betreffenden Namen. Hier ist die Tafel, überzeugen Sie sich selbst.“

Er öffnete eine Tür und trat mit Hempel in den großen, dämmerigen Raum, dessen Mitte eine hübsch gedeckte Tafel einnahm.

An den Wänden hingen in stark nachgedunkelten Goldrahmen die Familienporträts der Senkenbergs. Schwere, steife Damastvorhänge verhüllten fast ganz die tiefen Fensternischen, während ein paar kunstvoll geschnitzte Schränke eine Kredenz und hochlehnige Stühle, die stramm wie Soldaten an der Längswand aufgereiht standen, die ganze Einrichtung bildeten.

An der feuchtkalten, etwas muffigen Luft merkte man, daß der Raum jahrelang nicht benutzt worden war.

Peter Mark erklärte die Sitzordnung.

„Ich werde Sie jetzt dem Herrn melden und dann den Kutscher heraufschicken, daß er die Lichter anzündet. „Es ist ja wirklich schon ganz dunkel hier,“ schloß er. Die Herrschaften sind im Salon.“

„Gut! Aber melden Sie mich so, daß es kein Aufsehen erregt. Sagen Sie ihm, ich warte gern, bis seine Gäste sich entfernt hätten. Und das Bewußte hätte ich mit. Nachher stecken Sie Fräulein Mendel diesen Zettel hier zu. Sie muß wenigstens wissen, daß ich da bin.“

Peter Mark ging, und Hempel trat in eine der tiefen Fensternischen, um zu warten.

Seine Gedanken waren am Maguerry-Steinbruch.

Würden sie den Alten fangen? Und war er wirklich der Gesuchte? Aber Melittas Nachrichten ließen daran ja kaum zweifeln.

Ein Geräusch im Saale hinter sich ließ ihn umblicken. Jemand war eingetreten und ließ nun ein Streichholz aufflammen.

Der Kutscher? Nein — Hempel erbebte unwillkürlich — es war der junge Lavandal. Er hatte eine der Kerzen am Armleuchter, der ihm zunächst stand, angezündet und blickte nun, hastig spähend, in dem großen, düsteren Raume um sich. Offenbar wollte er sich vergewissern, daß niemand hier war.

Silas zu sehen, war unmöglich. Der herabgelassene Damastvorhang verbarg ihn vollkommen, während er durch einen Spalt Lavandal ganz deutlich beobachten konnte.

Dieser, als er sich überzeugt glaubte, daß der Saal leer war, zog nun plötzlich ein Fläschchen heraus und schüttete ein paar Tropfen daraus in einen der Champagnerkelche.

Im nächsten Augenblick hatte er die Kerze verlöscht und das Zimmer so hastig verlassen, wie er gekommen war.

Hempel hatte wie erstarrt zugesehen. Er wußte, der Champagnerkelch stand vor Prospers Gedeck ...

Jetzt trat er vor, und gerade im selben Moment erschien der Kutscher, um die Lichter anzuzünden. Er grüßte diesmal höflich, denn er wußte nun, daß der Fremde ein Händler sei, der seinem Herrn willkommen war.

(Fortsetzung folgt.)

die Deutschen in der vorgeschriebenen Frist den übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen sollten.

Rücktritt aller sozialistischer Verwaltungsmitglieder.

Rom, 7. August. (Telunion) Im Vorstand der sozialistischen parlamentarischen Gruppe wurde der Antrag eingebracht, daß die sozialistische Gemeinde- und Provinzverwaltungen demissionieren sollte, da sie laut „Populo Italia“ nicht mehr genügend Wählermassen hinter sich haben Unter den wegen des Attentats auf den Schnellzug verhafteten Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft von Sassard befinden sich auch 2 Gemeinderäte.

Sowjetrußland.

Sowjetrußlands Finanzsorgen.

Das führende Mitglied des Finanzkommissariats, Preobraschenski, äußerte in der Moskauer „Prawda“, daß die Stabilisierung der Preise nur vorübergehend und durch die Einschränkung der Emissionen und die Stockung des Handels zu erklären sei. Die Sowjetpresse fordert radikale Maßnahmen. Angesichts der Notwendigkeit, Getreideeinkäufe zu tätigen und die Beamtengehälter regelmäßig zu zahlen, dürfte es jedoch unmöglich sein, die Notenemissionen weiterhin einzuschränken. Man will als Deckung der neuen Banknoten den Juwelenfonds der zarischen Kroninsignien heranziehen, dessen Wert von Sowjetseite auf 800 Millionen Goldrubel geschätzt wird; jedoch bieten sich der Realisierung dieser Werte Schwierigkeiten. Bezeichnenderweise wird erklärt, daß eine dauernde Stabilisierung der Preise nur durch ein Wunder möglich wäre.

Unruhen in der Roten Armee.

Kowno, 8. August. Das „Echo Litwy“ bestätigt seine bisherigen Nachrichten über Unruhen in der Roten Armee. Unruhen sollen in Kiew, Moskau, Homel, Kronstadt und Pskow stattgefunden haben. Die Rädelsführer sind verhaftet und dem Revolutionstribunal übergeben worden.

Das Revolutionstribunal in Tätigkeit.

Moskau, 7. August. Vor dem Revolutionstribunal in Smolensk finden die Verhandlungen gegen den Bischof Filip, eine Reihe von anderen Geistlichen und 40 weiteren Personen, die früher Offiziere gewesen sind oder Studentenkreisen angehören, statt. Die Angeklagten werden beschuldigt, bei der Konfiszierung der Kirchenschätze Widerstand geleistet zu haben.

Rußlands Außenhandel.

Moskau, 7. August. (Telunion). Aus dem Volkskommissariat für Außenhandel hören wir, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres insgesamt für 80 Millionen an verschiedensten Waren eingeführt worden sind, darunter an Lebensmitteln für 36 Millionen, Metall- und Metallerzeugnisse 11 Millionen, Holzwaren 7 Millionen.

Die Ernteaussichten in Rußland.

Moskau, 7. August. (Telunion). Der Verpflegungskommissar Erjuchanow referierte in der Plenarsitzung der Moskauer Sowjets über die Verpflegungsaussichten. Der Gesamtbetrag der Ernte wird auf 2800 Millionen Pud geschätzt. Hiervon müsse man 200 Millionen Pud zur Aussaat, 1600 Millionen Pud für die Landbevölkerung, 200 Millionen Pud für die Stadtbevölkerung verwenden.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Eine lebhafte Debatte rief auf dem Bergarbeiterkongreß ein Antrag von Alfred Lombard (Belgien) hervor, der sich mit der Urlaubserteilung für Bergarbeiter beschäftigt. In diesem Antrag wird jede Sektion ersucht, für ihr eigenes Land einen Antrag auszuarbeiten, der anstrebt, in welcher Weise eine praktische Organisation durchzuführen sei, und danach zu trachten, den Urlaub entweder auf dem Wege des Gesetzes oder der Vereinbarung herbeizuführen, und auf dem nächsten Kongreß über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Lombard führte in seiner Rede aus, daß diese Frage die internationalen Kongresse bereits seit fünfzehn Jahren beschäftigt. Daß ein alljährlicher Erholungsurlaub notwendig sei, bedarf wohl keiner Begründung. Ein Vertreter der Tschechoslowakei bestätigte, daß in seinem Lande bereits Urlaub erteilt werde. Ein Delegierter aus Oberschlesien stellte die Lage in seinem Bezirke dar. Er forderte, daß der Kongreß noch über den Antrag Lombards hinausgehe. Er schlägt einen dreiwöchigen Urlaub nach einer bestimmten festgesetzten Tätigkeit vor. Dagegen erklärte der Vertreter der französischen Delegation, daß seine Freunde nicht für die Resolution stimmen werden, weil sie etwas wiederhole, was schon gefordert war. Wenn diese Frage zur Lösung kommen solle, so müsse sie international gelöst werden, nicht aber auf dem Wege nationaler Vereinbarungen. Ihm trat ein Vertreter Englands entgegen, der die ablehnende Haltung der Franzosen lebhaft bedauerte. In so wichtigen Dingen müsse der Kongreß unter allen Umständen einig sein. Auch der Vorsitzende Smith bat den französischen Kollegen, seinen Widerstand aufzugeben. Die Abstimmung über den Antrag Lombards ergab seine Annahme. Einige französische Vertreter stimmten dafür, die anderen blieben bei ihrer Weigerung.

Am Schluß der heutigen Sitzung wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission verlesen. Es sind vertreten: Deutschland: 32 Delegierte für 440 000 Arbeiter, Frankreich: 9 Delegierte für 100 000 Arbeiter, England: 38 Delegierte für 800 000 Arbeiter, Belgien: 12 Delegierte für 98 000 Arbeiter, Holland: 2 Delegierte für 2500 Arbeiter, Amerika: 2 Delegierte für 500 000 Arbeiter, Österreich: 1 Delegierter für 30 000 Arbeiter, Ungarn: 2 Delegierte für 14 000 Arbeiter, Luxemburg: 2 Delegierte für 24 000 Arbeiter, Südslawien: 1 Delegierter für 29 000 Arbeiter.

Die Mandatsprüfungskommission hat auch über das Aufnahmegesuch des russischen Bergarbeiterverbandes, der auf dem Boden der dritten Internationale steht, zu beraten. Sie schlug dem Kongreß vor, das Beitrittsgesuch abzulehnen und dem russischen Verband anheimzustellen, sich den Satzungen des internationalen Gewerkschaftsverbandes anzupassen.

Die Kopenhagener Konferenz des Weltprotestantismus.

Kopenhagen, 7. August. (Telunion.) Die in dieser Woche in Kopenhagen stattfindenden Konferenzen des Weltprotestantismus begannen gestern mit der Tagung des internationalen Komitees des Weltbundes für Freundschaftsarbeiten der Kirche. Vertreten sind sämtliche 24 Abteilungen des Weltbundes, darunter auch die orientalische Kirche und Japan. Bei der von Professor Amundsen-Kopenhagen geleiteten Eröffnungsversammlung sprachen Vertreter von 6 Ländern, für Deutschland Professor Dr. Deißmann-Berlin. Die Hauptverhandlungsgegenstände betrafen die Fragen des Rassen- und religiösen Minoritätenschutzes, die Stellung der Kirche zur Entwaffnungsfrage und zu den Bestrebungen der Versöhnung und des Wiederaufbaus.

Tagung des Vereins für Deutschtum im Auslande.

Aus Kulmbach wird gemeldet: Der Abschluß der Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Auslande bildete ein deutscher Volkstag, an welchem sich die Bevölkerung von Kulmbach und Umgegend sehr stark beteiligte. In einer Festversammlung am Vormittag richteten der Bürgermeister von Kulmbach sowie Vertreter der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung an den Verein Worte der Anerkennung für seine segensreiche umfassende Tätigkeit im Auslande und in den Grenzlanden. Am Nachmittag hielten auf dem Turmberg am Fuße der Plassenburg Vertreter des Grenzlanddeutschtums, der Schriftsteller Franz Hlawna aus Preßburg und der deutsche Abgeordnete im Prager Parlament Kallina aus Karlsbad Festreden, die mit jubelndem Beifall von der zahlreichen Zuhörerschaft aufgenommen wurden. Ein Festzug durch die Stadt schloß die Feier ab.

Während der Tagung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Vertreter der 360 000 Mitglieder des Vereins für das Deutschtum im Ausland rufen das deutsche Volk zur Hilfe für die Kultureinrichtungen der deutschen Minderheiten im Auslande auf. Der Vorstoß der chauvinistischen Elemente in den verschiedenen Ländern richtet sich mit ungeheurer Wucht gegen die deutschen Schulen, Vereine, Büchereien und Zeitungen, die an erster Stelle dazu berufen sind, die heimische Sprache und Kultur zu erhalten und zu pflegen. Tausende von deutschen Schulklassen sind im Laufe der letzten Jahre unter völliger Mißachtung der Bestimmungen über den Minderheitenschutz den Deutschen im Ausland, besonders in den neuen Staaten des europäischen Ostens, entzogen worden. Weitere Hunderte von deutschen Schulen sind in ständiger Gefahr. Dreißig Millionen Deutscher jenseits der Reichsgrenzen ringen um ihr Volkstum, um die Erhaltung ihrer kulturellen Güter; 30 Millionen Deutscher jenseits der Reichsgrenzen sind aber auch bereit, durch opferwillige Pioniertätigkeit dem Ansehen des friedlichen deutschen Volkes und seinem Recht auf einen Wiederaufstieg erneut Geltung zu verschaffen. Deutsche im Reich, erkennt die Bedeutung des Auslandsdeutschtums für die eigene Zukunft! Helft, daß der Verein für das Deutschtum im Ausland, der unpolitisch, von allen Parteien und Konfessionen unabhängig, Vermittler zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat ist, zu dem großen Volksverein wird, der den Deutschen allüberall auf dem Boden der Kulturgemeinschaft zu Taten der Gegenseitigkeit Hilfe bringt. Nur direkte Anteilnahme der Heimat kann das Auslandsdeutschtum, den starken Brückenpfeiler deutscher Kultur und Wirtschaft, vor Zerfall und Vernichtung bewahren.“

Republik Polen.

General Dupont in Wilna.

Am Montag nachmittag ist in Wilna der Chef der französischen Militärmission, General Dupont, eingetroffen.

Gesandtenwechsel in Rom.

Der „Kurjer“ erfährt, daß die Ankunft des polnischen Gesandten beim Quirinal, August Zaleski, mit der Reorganisation der polnischen Gesandtschaft in Rom im Zusammenhang steht. Gleichzeitig wird die Frage des bevorstehenden Vertrages mit Italien besprochen werden, da die internationale Lage für die polnisch-italienischen Beziehungen günstiger sein soll.

Amtsenthebung von fünf Beamten des Bezirkslandamtes.

Auf Grund einer Verordnung der Zentralbehörden gemäß Artikel 116 der Dienstpragmatik, d. h. ohne das Recht einer erneuten Anstellung im Staatsdienst, wurden am 1. d. Mts. fünf höhere Beamte des Bezirkslandamtes in Posen endgültig entlassen, weil sie sich Übergriffe und Ausschreitungen zuschulden kommen ließen. Unter den entlassenen Beamten befindet sich der Präsident des Bezirkslandamtes Dr. Karasiewicz, der seine Stelle schon Anfang Mai d. Js. verlassen mußte.

Der Postverkehr mit Lettland.

Warschau, 8. August. Das Post- und Telegraphenministerium teilt mit: Mit dem 15. d. Mts. wird der Postverkehr zwischen Polen und Lettland aufgenommen. Im Postamt Siewierz, Kr. Będzin, ist der Telegraphen- und Telephondienst eingeführt worden.

Reduktion der Staatspolizei.

Warschau, 8. August. Die vorgesehene Reduktion der Staatspolizei ist bereits beendet worden. Die kompetenten Kreise denken über diese Reduktion ziemlich pessimistisch, da die Stärke der Polizei gegenwärtig geringer ist als vor dem Kriege, wo doch die Nachkriegszeit eine verstärkte Tätigkeit des Sicherheitsdienstes erfordert.

† **Korfanty in Tarnowitz vergeblich erwartet.** Gestern, Sonntag vormittag wurde, wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, in den Straßen der Stadt Tarnowitz von einem Knaben eine Tafel herumgetragen, die in großen Schriftzügen die Einladung zu einer großen Volksversammlung im „Volksheim“ enthielt, in der Korfanty als Redner angekündigt wurde. Um 3 Uhr nachmittags, der für die Volksversammlung angesetzten Stunde, war der Saal des „Volksheims“ bis auf den letzten Platz besetzt, so daß eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer nicht mehr Einlaß finden konnte. Nach zweistündigem, vergeblichem Warten mußte die Versammlung auseinandergehen, da Korfanty aus einem bisher nicht bekannt gewordenen Grunde an der Reise nach Tarnowitz verhindert wurde. Gerüchtweise verlautet, Korfanty beabsichtige mit Hilfe seiner Parteifreunde einen autonomen Bundesstaat Schlesien—Posen unter polnischer Oberhoheit zu bilden.

† **Grenzschutz gegen Litauen vom Innenministerium übernommen.** In der Montagssitzung des Ministerrates ist u. a. auf Antrag des Innenministers die Übernahme des Schutzes der litauischen Grenze unter die Verwaltung des Innenministeriums beschlossen worden.

† **Erwerb von Immobilien durch Ausländer gestattet.** Auf Antrag des Finanzministers ist beschlossen worden, den Ausländern den Erwerb von Immobilien zu gestatten.

† **Unifizierung des Sicherheitsdienstes.** Im Anschluß an die Verfügung des Ministerrates vom 25. Juli d. Js., welche die Gültigkeit des Gesetzes vom 24. Juli 1919 auf das Wilnaer Gebiet ausdehnt, geht das Innenministerium daran, den staatlichen Sicherheitsdienst in diesem Gebiete in den Etat der Staatspolizei zu übernehmen und unter die Oberaufsicht des Innenministeriums zu stellen. Es ist dies der letzte Akt der Unifizierung des Sicherheitsdienstes in der Republik Polen. Bezirkskommandant in Wilna wird der bisherige Kommandant der dortigen Polizei, Grabowski, sein.

† **Polnisch-jugoslawische Handelsverhandlungen.** In den ersten Tagen des September werden in Warschau Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Jugoslawien beginnen. Zu diesem Zwecke wird der jugoslawische Handelsminister Jankowicz Anfang nächsten Monats in Warschau eintreffen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Klagen der Deutschen in Südslawien. Die Klagen der deutschen Minderheiten Südslawiens wurden dem Völkerbundsrat in London deshalb nicht vorgelegt, weil die Deutschen Jugoslawiens es vorgezogen haben, ihre Beschwerden in Belgrad direkt vorzubringen, damit von dort für ihre Beseitigung gesorgt werde.

Das südslawische Bündnis mit der Tschechoslowakei. In Belgrader politischen Kreisen rechnet man mit Sicherheit damit, daß der Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei Ende August in Marienbad anläßlich der Reise des Ministerpräsidenten abgeschlossen werden kann.

Japan ratifiziert die Washingtoner Verträge. Der Prinzregent sanktionierte die vom japanischen Parlament ratifizierten Washingtoner Verträge.

Schweres Erdbeben auf Kreta. Auf Kreta ereignete sich ein heftiges Erdbeben.

Demonstration gegen Benesch. In Eger ist es anläßlich der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Benesch zu einer Demonstration gegen diesen gekommen. Ein Demonstrant wurde verhaftet.

Erlebnisse deutscher Ansiedler.

Drittes und viertes Erlebnis. (Vgl. Nr. 163 und 164.)

Blutige Mißhandlungen.

Je näher die Entscheidung des Völkerbundrates in der Ansiedlerfrage rückt, desto eifriger und rigoroser geht die Behörde vor, um den Völkerbund vor die vollendete Tatsache zu stellen, daß alle Ansiedlerstellen von polnischen Staatsbürgern polnischer Nationalität besetzt sind. Bei dem Einsetzen dieser Nachfolger bzw. Zwangsverwalter ereignen sich mitunter Dinge, die geradezu jeder Beschreibung spotten.

Vor allem geschehen sogar Übergriffe gegen alleinstehende Frauen. So berichtet man uns, daß bei der Witwe Frau Hedwig Busch aus Osterbitz, Kreis Briesen (Wąbrzeźno), folgendes vorgefallen sei:

Ihr Mann kaufte im Jahre 1914 die in Osterbitz gelegene Ansiedlerstelle, nachdem er sie vorher 1 Jahr lang als Pachtstelle besessen hatte. Die Auflassung wurde erst im Jahre 1919 erteilt. Am 20. d. Js. erschien in der Wohnung dieser Frau der Amtsvorsteher und mehrere Leute mit einem Fuhrwerk. Der Aufforderung zur Räumung kam Frau Hedwig Busch nicht nach. Daraufhin wurde von ihr das Einräumen eines Zimmers und Küche verlangt. Auch dieser Aufforderung wurde nicht nachgegeben. Zwei Tage später erschien der Amtsvorsteher von Golem, zu dessen Bezirk Osterbitz nicht einmal gehört, zwei Geheimpolizisten, ein Wachtmeister aus Gollub, sowie vier Zivilpersonen mit zwei Wagen. Als die Frau der Aufforderung des Amtsvorstehers, die Wohnung zu räumen, nicht nachkam, behauptete dieser, er sei vom Urząd Ziemski aufgefordert, Frau Busch herauszusetzen. Der Amtsvorsteher zeigte ihr ein Schreiben vom Urząd Ziemski, welches die Frau zum zuständigen Amtsvorsteher schicken wollte, sie wurde jedoch von einem Zivilisten festgehalten und aus der Wohnung herausgeworfen. Die beiden Söhne der Frau Busch wollten das Herausnehmen der Sachen verhindern, wurden aber derartig von den Leuten geschlagen, daß der eine Sohn sofort besinnungslos wurde. Der andere Sohn wurde zuerst in die Haushaltungsschule, dann in die Wohnung des Wachtmeisters und schließlich in das Spritzenhaus eingesperrt und erst dann freigelassen, als alle Möbel herausgeschleppt waren. Der dritte Sohn der Frau Busch war inzwischen zu dem zuständigen Amtsvorsteher gefahren und bekam, wie er die ausgeräumte Wohnung sah, derartig die Krämpfe, daß er sich beim Hinfallen vollkommen zerschlagen hat. Die Möbel wurden in das Gemeindehaus getragen und bei dem Transport vollkommen zerbrochen und zerschlagen. Als die Frau nochmals ihr Grundstück betreten wollte, wurde sie von dem Wachtmeister Czydlewski, der das Grundstück erhalten hatte, mit den Worten hinausgeworfen, daß sie nichts mehr auf dem Grundstück zu suchen habe.

Der Zustand des besinnungslosen Sohnes war derartig ernst, daß sowohl deutscherseits, wie auch polnischerseits sofort ein Arzt geholt werden mußte.

Jedoch nicht nur beim Einsetzen der Zwangsverwalter wird in derartiger Form gegen die Ansiedler vorgegangen, es kommen auch Übergriffe von seiten der eingesetzten Rechtsnachfolger vor, die dadurch den noch auf der Stelle wohnenden Ansiedlern das Leben so unerträglich wie möglich zu machen versuchen.

Der Ansiedlerfrau Emilie Schendel aus Repkau ist z. B. folgendes passiert:

Am Montag, dem 26. Juni, als ihr Mann in Graudenz war, kochte sie nachmittags Kaffee, während im Nebenzimmer ihr Nachfolger, dessen Bruder und Kusine die Zeitung lasen. Frau Schendel fragte so nebenher, was denn Neues in der Zeitung stände. Im Verlauf der sich an diese Frage anschließenden Unterhaltung fingen die Genannten an, die Frau Schendel zu beschimpfen und zu bedrohen, und schließlich schlug der Nachfolger mit einem Waschständer die Frau derartig auf den Kopf, daß sie bewußtlos niedersank und eine stark blutende Stirnwunde davontrug. Die ärztliche Untersuchung hatte folgendes Resultat: Auf der Stirn über dem linken Auge befindet sich eine 4 cm lange schräg von oben bis unten laufende scharfrandige, bei Berührung blutende frische Wunde. Beim Auseinanderklappen der Wundränder sieht man die Muskulatur. Die Haut der Umgebung ist geschwollen. Die Wunde ist vom Arzt genäht und verbunden worden.

Deutsches Reich.

** **Die Ernteaussichten für Deutschland.** Über die Aussichten der diesjährigen Ernte erfahren wir von maßgebender landwirtschaftlicher Seite: Die Aussichten der Hackfrüchte sind günstiger als im Vorjahre. Der erhöhte Produktionsaufwand wird sich in Bezug auf die Brotgetreideernte nicht bezahlt machen. Am günstigsten dürfte die Roggenernte ausfallen, die einen guten Durchschnitt verspricht. Die Weizenernte wird unter dem Stande des Vorjahres bleiben. Der Hafer steht in Preußen unter mittel. Die Aussichten für Süddeutschland sind allerdings besser. Die Kartoffelernte dürfte günstiger ausfallen, ebenso die Zuckerrübenernte, da die Anbaufläche um 8,3 Prozent größer als im Vorjahr ist. Die Futtermittelnot wird in diesem Jahre sich weiter verschärfen. Der erste Schnitt der Heuernte war sehr gering, der zweite verspricht mehr Erfolg. Die Obst- und Gemüseernte wird als befriedigend bezeichnet. Die unsicheren Witterungsverhältnisse könnten allerdings die Aussichten der Ernte noch entscheidend beeinflussen.

** **Der Unwetterschaden in der Provinz Sachsen.** Aus Halle a. S. wird gemeldet: Das furchtbare Unwetter, von dem dieser Tage berichtet wurde, hat allein im Landkreis Weißenfels die Ernte auf einer Fläche von 25 000 Morgen vernichtet. In diesem Kreise beläuft sich der Schaden auf weit mehr als 100 Millionen. Augenblicklich ist eine Aktion im Gange, um die Existenz von vielen Hunderten von kleineren und mittleren Landwirten zu retten. Die staatliche Unterstützung und Kredithilfe wird in weitem Maße eingreifen. Im Kreis Weißenfels soll die Getreideumlage völlig erlassen werden.

** **Gewaltsame Entführung zur Fremdenlegion.** Aus Lübeck wird der Versuch einer gewaltsamen Pressung für den Eintritt in die Fremdenlegion berichtet. Ein Landwirt wurde in der Nähe des Holztentores von einem gutgekleideten Herrn angesprochen. Plötzlich hielt dieser ihm ein Tuch mit einem Narkotikum unter die Nase. Der Überfallene verlor die Besinnung und erwachte erst wieder in Duisburg. Außerdem hatten noch vier andere deutsche Männer sein Schicksal zu tragen. Sie wurden alle unter starker Bewachung nach Krefeld gebracht und dort auf ihre Tauglichkeit für die Fremdenlegion untersucht. Während die vier tauglich befunden wurden, schickte man den Landwirt als untauglich völlig mittellos zurück.

Freistaat Danzig.

Danzig, 6. August. Nach dem Tode des bisherigen norwegischen Konsuls in Danzig übertrug die norwegische Regierung die provisorische Führung des Konsulats dem gegenwärtigen Konsulatssekretär Herrn Myreboe.

Schwedischer Flottenbesuch.

Danzig, 6. August. Die schwedische Regierung teilte durch ihren Minister in Warschau der polnischen Regierung die Ankunft des schwedischen Panzerschiffes „Svea“ und von fünf Torpedobooten mit. Am Freitag, dem 4. d. Mts., 10 Uhr früh legte bei herrlichstem Wetter das schwedische Geschwader unter der Führung des Kommandanten Jacobi an der bezeichneten Stelle an. Der Kommandant besuchte am Mittag den Präsidenten des Senats, den Oberkommissar des Völkerbundes, den Generalkommissar der Republik Polen und den Präsidenten des Hafenrates. Der polnische Generalkommissar begab sich an demselben Tage auf das schwedische Schiff und erwiderte dort den Besuch des schwedischen Kommandanten. Am Abend gab der schwedische Konsul in Danzig Behnke ein Essen für die Offiziere des Geschwaders. Der Generalkommissar Polens brachte einen Toast auf die schwedische Flotte und den schwedischen König aus.

Prokurator
przy sądzie okręgowym.
4. J. 2501/21.
III. M. 87/21.

W Imieniu Rzeczypospolitej Polskiej.

W sprawie karnej przeciwko

1. pp.
2. pp.
3. **Karolowi Adamowi,** synowi Wilhelma i Wilhelminy z domu Teschner, urodz. 14. lutego 1882 r. w Georgsdorf, ewang., żonatemu, robotnikowi w papierni, pow. nowotomyski,
4. **Andrzejowi Schramowi,** synowi Konstantego i Wiktorji z d. Bywalskiej, urodz. 2. listopada 1886 r. w Bąblinie, katol., żonatemu, robotnikowi, zamieszkałemu w Lubieniu, pow. nowotomyski,
5. pp.
6. **Helenie Schmidt** z d. **Mazurek**, urodz. 25. maja 1856 r. w Trzcielu, żonie Augusta, zamieszkałej w Trzcielu,
7. **Hermanowi Gierschowi,** urodz. 31. grudnia 1873 r. w Miedzichowie, ewang., żonatemu, chałupnikowi, zamieszkałemu w Miedzichowie, pow. nowotomyski

o przemytnictwo.

Pierwsza Izba karna Sądu Okręgowego w Poznaniu na posiedzeniu w dniu 3. stycznia 1922 r. orzekła:

Wszystkich oskarżonych uznaje się winnymi zbrodni z art. 25 i 28 ustawy z dnia 2. lipca 1920 r., nr. 67, poz. 449 Dz. urzęd. i rozp. z 9. sierpnia 1921 r. nr. 467 Dz. urzęd. oraz § 57

i zasądza się ich za to

1. pp.
2. pp. **Karola Adama i Andrzeja Schrama** każdego na 1 (jeden) rok ciężkiego więzienia i 10000 mk. grzywny,
3. pp.
4. **Helenę Schmidtową** na 6 (sześć) miesięcy więzienia i 50000 mk. grzywny.
5. **Hermana Gierscha** na 8 (ośm) miesięcy więzienia i 50000 mk, grzywny.

W razie nieściągalności grzywny nastąpi odpowiednie więzienie, licząc po 150 mk. na 1 dzień.

Wszyscy oskarżeni ponoszą koszta postępowania. Zarazem orzeka się ogłoszenie treści wyroku w „Kurjerze Poznańskim“, „Posener Tageblatt“ i w dzienniku powiatowym („Orędownik nowotomyski) oraz wywieszenie przez 14 dni na domach oskarżonych, a to wszystko na ich koszt.

Wreszcie orzeka się konfiskatę zabranego przez władze celne mięsa wieprzowego wzgl. przepadek kwoty uzyskanej ze sprzedaży tego mięsa na rzecz Skarbu Państwa.

Poznań, dnia 3. stycznia 1922.

Odpis formuły wyroku uwierzytelnia się i poświadcza się prawomocność wyroku.

Poznań, dnia 12. lipca 1922 r. [8451
podp. **Mrówczyński,**
sekretarz sądu okręgowego.

Donnerstag, 10. August 1922.

Posener Tageblatt.

Beilage zu Nr. 178.

Aus der polnischen Presse.

Der „Kurjer Pozn." schreibt in seiner Nr. 178 vom 6. August unter der Überschrift: **„Bürgerkrieg"** folgendes:

Unter den Argumenten, welche die Zeitungen des Linksblockes gegen das Kabinett Korfanty vorbringen, steht an erster Stelle jenes, daß er in der Zeit vor den Wahlen einen Bürgerkrieg heraufbeschwören könnte. Es lohnt sich, sich ein wenig mit dem Inhalt dieser Drohung zu befassen, um ihren wirklichen Sinn zu begreifen. Die Rechtsparteien des Sejm und jene Parteien, die sie im Lande stützen, führen einen Kampf mit dem gegenwärtigen Regierungssystem auf rechtlichem Boden und im Rahmen der Verfassung. Nichts erlaubt die Behauptung, daß die Rechte beabsichtigte oder beabsichtigt, andere Mittel und Vorkehrungen zu treffen. Wenn man auf der Linken von einem Bürgerkrieg spricht, so muß jenes auf die Weise verstanden werden, daß die Linke nur so lange auf rechtlichem und vrefassungsmäßigem Wege verbleibt, so lange sie die Herrschaft in der Hand hält. In dem Augenblick, wo sie diese Herrschaft verlieren würde, würde sie nicht davor zurückschrecken, andere Mittel zu ergreifen. Deutlich sprachen dies die Herren Barlicki und Witos in der denkwürdigen Sejmsitzung aus, da das Kabinett Śliwiński nicht die Mehrheit erhielt. Schwer ist es, die Erklärung des Staatspräsidenten anders zu verstehen, daß er die Uniform ausziehen und zur Masse in einer für sie verständlichen Sprache reden werde. Die Bestätigung und Erklärung der oben genannten Auffassung der Sachlage finden wir in einer Zeitschrift, die in Paris erscheint („Polonia" Nr. 31), wo zu lesen ist: „Die Herrschaft der Rechtsparteien in Polen bedeutet dasselbe, wie die Wiederherstellung des Monarchismus in Deutschland: die Losung zum Bürgerkrieg." Die Pariser Zeitschrift besitzt gar keine Autorität. Ihre Inspiratoren stehen zwar in nahen Beziehungen zu führenden Kreisen des Linksblocks. Sie wissen, was in diesen Sphären geschieht und gesprochen wird, und spielen die Rolle jener Kinder, die unvorsichtig den Gästen davon berichten, was vertraulich in Familienkreisen gesprochen wird. In parlamentarischen Staaten ist der Kampf um die Herrschaft eine normale Erscheinung. Die Parteien sind doch dazu da, um zur Herrschaft zu streben und, nachdem sie diese erlangt haben, die staatlichen Angelegenheiten zu regeln und für diese die Verantwortung zu übernehmen. Es ist ebenso völlig normal, daß die Parteien sich gruppenweise am Steuer des Staates ablösen. Niemand wundert sich darüber, daß die Konservativen und die Liberalen gruppenweise Ministerien in England bilden, und niemandem steigt auch nur im entferntesten der Gedanke auf, daß nur eine dieser Parteien im Staate regieren kann. Ähnlich geschieht dies in anderen Staaten. Einen völlig anderen Standpunkt nimmt bezüglich der inneren Lage die Linke ein, und besonders die polnische sozialistische Partei, welche die führende Rolle als Hüterin der gesamten Ideale der Linken spielt. Die Anhänger dieser Partei bemerken, daß die Beseitigung ihrer Herrschaft (Seit wann kann man von einer Herrschaft der Linken sprechen? Die Red.) unzulässig sei, eine Art von Staatsstreich, eine widernatürliche Sache. Aus diesen Erklärungen sieht man, daß sie, falls es ihnen nicht gelingen würde, in Polen eine Regierung zu halten, die im Rahmen der Verfassung und auf rechtlichem Boden verbliebe, bereit sein würde, andere Mittel zu ergreifen, auf die Straße zu gehen und an die Masse Ansprachen in einem für sie verständlichen Tone zu halten, mit einem Wort gesagt, den Bürgerkrieg heraufzubeschwören. So nur kann man die Drohungen, die in den Erklärungen und Ansprachen der Führer der Linksparteien enthalten sind, und die Erklärungen der Linkspresse verstehen. Unsere Bevölkerung wird hierauf ihre Aufmerksamkeit richten und verstehen, daß ein solcher Standpunkt der Linken bewirkt, daß der Kampf um die Herrschaft in Polen mit keinem gewöhnlichen Wahlkampf in anderen Ländern von parlamentarischem Gefüge verglichen werden kann. (Aha! Man merkt die Absicht. Die Red.) Man sieht aber heut schon deutlich, daß die Linke nur dann bereit ist, auf dem Boden der Verfassung zu verharren, wenn die Wahlen ihr den Sieg bringen. Im Gegenfalle wird sie den Kampf auf ein anderes Gebiet leiten und wiederum mit der Drohung des Bürgerkrieges kommen. Für unsere Linke ist das Festhalten an der Herrschaft in Polen von derselben Bedeutung, wie für die deutschen Republikaner die Beibehaltung des republikanischen Organismus oder für die Bolschewisten die Beibehaltung des bolschewistischen Systems. Die Rechtsregierung bedeutet nach dem Begriff der Linken einen Staatsstreich, einen Staatsumschwung, etwas, was man um keinen Preis zulassen darf. Hierüber muß man sich klar werden, wenn man unsere Innenverhältnisse und die Wahllage verstehen will. Die nichtorganisierte und nicht aufgeklärte Masse ist leicht geneigt, dem Terror zu unterliegen. Mit dem Terror regieren die Bolschewisten in Rußland. Mit dem Erfolg dieses Mittels rechnet auch unsere Linke, die genau weiß, daß sie eine große Mehrheit der öffentlichen Meinung gegen sich hat. Sie wird sicher nicht davor zurückschrecken, Mittel anzuwenden, die nicht der Verfassung entsprechen, vor dem Heraufbeschwören eines Bürgerkrieges dann, wenn sich aus Anlaß der Wahlen voll und ganz die Kraft der nationalen öffentlichen Meinung zeigt, wenn diese Wahlen einen starken Umschwung nach rechts zeigen, der die Elemente der Linksparteien von ihrer Schwäche und Mangel jeder Unterstützung im Lande überzeugen wird. (Gut gebrüllt, Löwe. Die Red.) Das einzige Mittel, den Staat vor Staatsstreichen von seiten der Linkselemente zu bewahren, sie jeder Möglichkeit, einen Bürgerkrieg einzuleiten, zu berauben, ist ein großer und entschiedener Sieg des nationalen Lagers. Die mit dem Terror und dem Bürgerkrieg drohende Linke muß schon heute wissen, daß das nationale Lager allen widerrechtlichen und verfassungsgemäßen Kampfesarten um die Herrschaft entgegen ist (Merken wir uns dies Bekenntnis zum Recht. Die Red.), daß sie niemals die Anregung zum Bürgerkrieg geben wird, sondern entschlossen ist, jeden Angriff auf das Recht und die Verfassung abzuwehren, vor keinen Drohungen zurückschrecken und genügend Entschlossenheit und Kraft dazu besitzen wird, um sogar dann, wenn der Linksblock den Kampf auf ein Gebiet ausdehnt, das außerhalb des Rechtes und außerhalb der Verfassung steht, den Staat vor Terror und Anarchie zu bewahren. Das polnische Volk hat schon genug von den ihn ruinierenden Linksregierungen (Von welchen denn eigentlich? Die Red.), im Interesse der Linken selbst liegt es heute, daß die Abrechnung mit ihr sich auf rechtlichem und verfassungsmäßigem Boden vollziehen, weil dieses einzig und allein ihre Führer vor der Wut der betrogenen und irregeleiteten Massen retten kann. (Tatsächlich? Die Red.) Wir haben nichts gegen einen politischen Kampf im Rahmen des Rechts und der Verfassung, raten dagegen, die Drohungen und Ankündigungen des Bürgerkrieges einzustellen, weil niemand diese Drohungen fürchten wird.

*

Der „Kurjer Lwowski" schreibt unter der Überschrift: **„Gruben gehen ohne Wissen des Sejm in Pacht über":**

(Vgl. uns. Nr. 176, Seite 3, unten rechts.)

„Die polnische Regierung hatte bei der Übernahme Oberschlesiens drei der größten Gruben übernommen, die Eigentum der deutschen Regierung waren. Während der Besprechungen des Ausschusses für Industrie und Handel kam es zutage, daß diese Gruben, die einen unermeßlichen Wert darstellen, zur Hälfte **einem polnisch-französischen Konsortium zur Ausbeutung übergeben wurden.** Hierbei übergab die französische Regierung dieses Vorrecht jenen Franzosen als Entschädigung, die in Polen während der Kämpfe materielle Verluste erlitten. An der Spitze dieses Konsortiums steht ein Aufsichtsrat, der aus 18 Personen, zur Hälfte aus Polen, zur Hälfte aus Franzosen, besteht. **Präsident des Aufsichtsrates ist der Abg. Wojciech Korfanty.** Da jedes Mitglied des Rates 3000 Franken monatlich bezieht, ist es natürlich klar, daß der Herr Präsident mehr haben muß. Die ganze Angelegenheit war und ist in ein geradezu verdächtiges Geheimnis gehüllt.

*

Aktiengesellschaft Michalski-Korfanty.

Die zweite Hälfte der Aktien in diesem Unternehmen reservierte die polnische Regierung für sich. Ihr Vertreter ist die Landesbank, deren Direktor wiederum Jerzy Michalski ist, der, als er Finanzminister war, seiner Bank dieses Märchengeschäft überwies und gegenwärtig nach den nicht gelungenen Aspirationen, einen Sitz in der unglücklichen Korfanty-Regierung zu erhalten, wieder an die Spitze der Landesbank zurückkehrt. Die gesamte Angelegenheit sieht, wenn man sich gemäßigt ausdrücken will, nach einem kleinen Mißbrauch der Amtsgewalt für die eigene Tasche aus. In Sejmkreisen erachtet man eine Aufklärung dieser Affaire für notwendig und angebracht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 9. August.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Über die Zahl der Eheschließungen im Monat Mai d. Js. bringt das Statistische Amt (Heft Nr. 5 Jahrg. 11) folgende Angaben:

Geschlossen wurden 92 Ehen. 3 Frauen standen noch im 19. Lebensjahr, 36 eheschließende weibliche Personen im 20. bis 24., 18 Personen im 30. bis 39. Lebensjahr. Zwei Frauen waren 40 bis 49 Jahre alt, vier standen im 50. bis 59. Lebensjahr. Unter den Eheschließenden befanden sich 77 Mädchen und 15 Witwen, 77 Junggesellen, 12 Witwer und 3 Geschiedene. Dem Religionsbekenntnis nach waren 84 Frauen katholisch und 8 Frauen evangelisch, 88 Männer katholisch und 4 evangelisch. Geboren wurden in dem Berichtsmonat 545 Personen, darunter 291 männlichen und 254 weiblichen Geschlechts. Unehelich geboren wurden 49 Knaben und 48 Mädchen. Weiter verzeichnet der Bericht 17 Totgeburten.

Die Zahl der 97 unehelich Geborenen verteilte sich auf folgende Mütter und Stände: 29 Arbeiterinnen, 42 Dienstmädchen, 7 Schneiderinnen, 9 kaufmännische Angestellte; andere Berufe 7, Berufslose 3. Insgesamt starben 302 Personen, darunter 119 Personen bis zum 5. Lebensjahr. Im Alter von 21 bis 30 Jahren starben 32, im Alter von 31 bis 40 Jahren 25, im 41. bis 50. Lebensjahr standen 26 Personen. 41 Verstorbene waren mehr als 70 Jahre alt.

Direkte Verbindung Posen—Bromberg über Oberschlesien.

Die Polnische Staatsbahndirektion in Danzig teilt mit:

Vom 1. August an ist zwischen Posen und Lemberg über Kattowitz—Krakau ein Schnellzugspaar, und zwar die Züge Nr. 409 und 410 in Betrieb gesetzt worden, wodurch eine direkte Verbindung der oben erwähnten Städte bzw. Kleinpolens und Großpolens über Oberschlesien geschaffen wird. Die Fahrt dieser Züge über den deutschen Teil Oberschlesiens findet auf Grund der Bestimmungen für den privilegierten Durchgangsverkehr, die in den Wagen in Form der Bekanntmachung ausgehängt werden, statt. Die Züge fahren über deutsches Gebiet im geschlossenen Zustande. Das Ein- und Aussteigen ist verboten. Die Reisenden müssen mit Identitätskarten versehen sein. Reisepässe und Visum werden nicht verlangt. Militär- und Polizeipersonen sind von der Benutzung dieser Züge auf deutschem Gebiet ausgeschlossen.

Posener Studenten als Landarbeiter.

Die hiesigen Studenten haben anläßlich des Landarbeiterstreiks einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Die Ernte ist bedroht — sie muß gerettet werden. Wir erkennen das Recht des Arbeiters zum Streik als Mittel für die Verbesserung seiner Existenz vollkommen an, bemerken aber, daß der Landarbeiterstreik in der Zeit der Ernte und der gegenwärtigen Verhältnisse eine Katastrophe ist, die die Grundfesten des Staates bedroht. Die Studenten und Gymnasiasten, deren Anwesenheit in Posen augenblicklich nicht notwendig ist, melden sich sofort im „Bureau für Bruderhilfe" (Bratniej Pomocy), ul. Słowackiego 20 (fr. Karlstr.), um verzeichnet und dann zur Erntehilfsarbeit abgesandt zu werden. Die Güter, die der Hilfe bedürfen, melden sich telegraphisch oder telephonisch beim „Bureau für Bruderhilfe", Fernsprecher 3946.

Zu dem obenstehenden Aufruf bemerkt der „Przegląd Poranny", daß die Einmischung der Intelligenz in die Klassenkämpfe die soziale Feindschaft nicht lokalisiere, sondern vertiefe. Für diese Auffassung wird das Blatt bei jedem ruhig und sachlich Denkenden kein Verständnis finden. Durch den Landarbeiterausstand während der jetzigen Regenzeit ist die Getreideernte auf das schwerste bedroht. Geht die Ernte infolge der maßlosen Kurzsichtigkeit, um nicht etwas Treffenderes zu sagen, der Posener Drahtzieher zugrunde, dann erleidet die Allgemeinheit nicht wieder gut zu machenden Schaden. Und deshalb ist es Pflicht jedes Einzelnen, sofern er dazu in der Lage ist, dafür einzutreten, daß dieser Schaden abgewendet wird.

Sitzung des Kreisbauernvereins Posen.

Der Kreisbauernverein Posen hielt Dienstag mittag im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses seine erste Sommersitzung ab, die wohl infolge der Erntenot und des Landarbeiterausstandes nur schwach, darunter auch von mehreren Damen, besucht war.

Der Vorsitzende, Landrat a. D. von Treskow-Owinsk, eröffnete die Sitzung mit einem den beiden verstorbenen Mitgliedern, Generallandschaftsrat Hoffmeyer-Zlotnik und Herrn von Beyme-Eichenhorst gewidmeten Nachruf, deren Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Darauf wies der Vorsitzende auf die durch den Landarbeiterstreik geschaffene üble Lage der Landwirte hin, die dann ausführlich erörtert wurde. Man einigte sich einstimmig auf die Annahme einer Entschließung in dem Sinne, daß an der 50prozentigen Lohnerhöhung festgehalten, sonst nicht nachgegeben werden solle; die Streiktage müssen abgezogen werden und der Arbeitgeberverband soll um die Herausgabe von Richtlinien für das Verhalten nach der Beilegung des Streiks gebeten werden.

Hierauf hielt der Gartenbaudirektor Reissert einen sehr lehrreichen Vortrag über „Obstverwertung und Weinbereitung". Er ging dabei von dem zunehmenden größeren Interesse für das Thema aus, was sich auch an dem Besuch und der Teilnahme der Frauenwelt bei derartigen Vorträgen zeige. Der Redner ging dann weiter auf den diesjährigen guten Stand der Gartenfrüchte und die Obsternteaussichten über, wies auf deren in diesem Jahre geringen Schädlinge hin und betonte die Wichtigkeit der Fruchtobsternten für die Weinbereitung, deren Nützlichkeit sich angesichts des Fehlens und der Schwierigkeit der Einfuhr der edlen Trinkweine immer deutlicher zeige. Darauf zeigte der Redner unter ausführlicher Darstellung des Verfahrens die Obstwein- und die Essigbereitung und gab damit namentlich den gespannt lauschenden Damen manchen wertvollen praktischen Fingerzeig.

Zum Schluß berichtete Herr von Treskow-Owinsk über die Lage des Zuckermarktes in unserem Teilgebiet, die er

Deutsche auf Capri.

Wer liebt nicht das paradiesische Felseneiland, das sich wie ein ruhendes Kamel aus den blauen, schaumgekrönten Wogen des Golfs von Neapel hervorhebt. Seit Jahrhunderten haben Deutsche dort Erholung gesucht, — ein Deutscher, der Maler August Kopisch, entdeckte im Jahre 1825 mit einem Capreser Fischer die blaue Grotte. Deutsche Gelehrte, wie Gregorovius, deutsche Dichter, wie deutsche Maler — wir möchten nur den so lange verkannten Meister K. W. Diefenbach erwähnen — verbreiten durch ihre Kunst, durch Prosa und Reime den Ruhm der Insel und lockten Landsleute dorthin, die mit deutschem Kapital herrliche Bauten und Luxusanlagen schufen. Man kannte und schätzte uns auf Capri. Und dann kam der furchtbare Krieg und das Zerwürfnis mit dem bisherigen Bundesbruder.

Alle Deutschen, auch die Frauen, mußten fort, die Villen wurden geschlossen und beschlagnahmt, die herrlichen Promenadenwege verfielen. Capri selbst hatte vom Kriege nichts zu leiden, aber es war eine Insel, und diese hätte vielleicht ein Stützpunkt für unsere Flotte werden können. Neben der deutschfreundlichen ländlichen Bevölkerung gab es, wie überall, gesinnungstüchtige höher stehende Einheimische, die von den Deutschen viel Geld verdient hatten, und nun ihren Sinn mit einmal gegen alles Deutsche kehrten. Unter diesen hatten die wenigen deutschen Frauen, die als Gattinnen italienischer Männer zurückbleiben durften, schwer zu leiden. Zwar waren sie nun Italienerinnen und hatten ihre neue Heimat schätzen und lieben gelernt, doch ihr Herz hing nach wie vor am Vaterlande, und welch ein Schmerz war es für sie, wenn man sie mit den systematisch verbreiteten Lügennachrichten über deutsche Barbarei quälte, — wenn ihre Söhne an der Front gegen die alte Heimat kämpfen mußten. Inzwischen wurde kurz nach der Kriegserklärung die von Caprideutschen besuchte deutsche Schule internationalisiert und auch die deutschen Krankenschwestern auf das italienische Festland verbannt, wo sie von der einheimischen ländlichen Bevölkerung viele Briefe mit der Bitte um Rückkehr erhielten, denn ihnen hatte der größte Teil der Armen- und Krankenpflege Capris obgelegen.

Sie waren auch die ersten, die nach Friedensschluß infolge von einer Abstimmung in der Gemeinde zurückkehrten und ihre Tätigkeit wieder aufnehmen durften, obgleich die Behörden ihnen gegenüber sich noch sehr zurückhaltend benahmen. Es braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden, daß die geistliche Richtung der Schwestern ihnen jede politische Betätigung oder eine Bevorzugung deutscher Landsleute streng untersagt. Aber für bedrängte einheimische und zugereiste Deutsche ist ihr wiedereröffnetes kleines Erholungshaus oft Rettung und einzige Hilfe. Für Deutsche gibt es auf Capri weder Geldmittel noch Unterstützungsfonds. Noch schweben die Verhandlungen mit der italienischen Regierung, wie weit deutsches sequestriertes Eigentum zurückgegeben werden kann. Bemittelte Deutsche erhalten bisher nur von Fall zu Fall von der Gemeinde die vorläufige Erlaubnis, in ihre Besitzungen zurückzukehren. Man wagt noch nicht, die Bestimmungen des in der Bevölkerung unpopulären Gesetzes über die Enteignung streng durchzuführen und überläßt die Entscheidung lieber der Zukunft. —

Um so trauriger aber ist das Los der deutschen Gelehrten, Künstler und Künstlerinnen, Erzieherinnen, Stützen und Hausmädchen, die der Krieg dort oder in Neapel überraschte, ohne daß sie Rückkehrmöglichkeiten und Reisegeld zur Heimfahrt nach Deutschland besaßen. Sie mußten ihren einzigen, meist aus Möbeln, Gemälden und Bildhauerarbeiten bestehenden käuflichen Besitz bei Kriegsausbruch zurücklassen und sind nun gezwungen, diesen als sogenanntes kleines Eigentum zurückzuerkämpfen. Kranke deutsche Künstler und Gelehrte, denen das Klima der Insel Lebenspender ist, harren dort unter den schwierigsten Verhältnissen aus. So schuf der junge vielversprechende Gelehrte Ernst Hoffmann in Capri ein beachtenswertes bei Altmann in Leipzig erschienenes Buch: „Die Grundgedanken des Buddhismus und ihr Verhältnis zur Gottesidee", und arbeitet jetzt an einem zweiten tiefgründigen wissenschaftlichen Werke. Auf der in diesem Frühjahr stattgehabten ersten Bilderausstellung seit dem Kriege standen Cronbergs Caprilandschaften und Hans Paules Holzschnitte (sardinische Volkstypen) an erster Stelle. In der Stille modelliert Walter Loeschke vielversprechende Porträtköpfe und eine deutsche Frau, Anna Habermann, schreibt hoch über dem Durchschnitt stehende Skizzen und Novellen. Aber es ist für diese Deutschen unendlich schwer, ein Absatzgebiet für ihre künstlerischen Erzeugnisse zu finden. Manuskripte gelangen allenfalls noch zu den geeigneten deutschen Verlegern, wer aber kauft jetzt in Capri Bilder und Skulpturen von deutschen Künstlern. Und der Sendung in die Heimat werden durch Transportkosten, Luxussteuer, Aus- und Einfuhrverbote unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt. Unter materiellen Entbehrungen werden mit vorbildlichem Idealismus und hoher Begeisterung zurzeit dort Kunstwerke geschaffen, von denen die Heimat nichts weiß.

Auch die Deutschen in Capri gehören auf der Stelle, auf der sie Jahrzehnte lang viel Gutes geschaffen haben, zum Ring der Entrechteten, freilich zum tiefsten Bedauern des größten Teiles der einheimischen Bevölkerung, die ihnen wie den wenigen deutschen Reisenden auf das herzlichste entgegenkommen. Aber deutsche Einheimische oder zurückgekehrte Frauen sind es, die außer den Schwestern mit bescheidensten Mitteln im stillen weitgehendste Wohlfahrtspflege üben, die sich über die Armen der ganzen Insel erstreckt. Doch wäre moralische und materielle Unterstützung aus der Heimat sehr zu wünschen. Für die in Not geratenen deutschen Familien, Frauen und Kinder müßten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Den schaffenden deutschen Gelehrten und Künstlern aber müßte es auf jede Weise erleichtert werden, Verleger zu finden und heimatliche Ausstellungen zu beschicken. Sind wir auch Fremdlinge auf Capri geworden, so darf uns das doch nicht abhalten, den wenigen Pionieren deutschen Geisteslebens, die dort ausharren, zu Hilfe zu kommen.

Bunte Zeitung.

○ **Professor Leube und sein — Regenschirm.** Von Professor Leube, dem dieser Tage verstorbenen großen Arzte aus Würzburg, wo Leube viele Jahre wirkte, wird ein drolliges Geschichtchen erzählt: Der Regenschirm des zerstreuten Professors gehört zwar zum eisernen Bestand der Witzblätter, aber zuweilen ereignen sich solch witzige Vorfälle auch im Leben. Leube ging eines Tages mit seinem Regenschirm durch die Schönbornstraße; er erledigte in drei Geschäften Einkäufe und ließ dabei seinen Regenschirm stehen. Da er aber nicht ganz so zerstreut war wie der Professor der Witzblätter, merkte er das schon auf dem Heimweg; er kehrte um und suchte die drei Läden auf. Er fragte im ersten: „Verzeihung, habe ich hier nicht meinen Regenschirm, einen Schirm mit silberner Krücke, stehen lassen?" — „Nein." — Im zweiten Laden derselbe Mißerfolg. Im dritten Laden aber überreichte man ihm freudestrahlend den Schirm mit der silbernen Krücke. Leube lächelte anerkennend. „Gott sei Dank!", entrang sich's seinem Munde, „Sie sind wenigstens ehrlicher als die beiden anderen Geschäfte, wo ich heute war!"

○ **Der kletternde Dollar.** In einem Wiener Kaffeehaus sitzt ein Amerikaner. Er hat ein Glas Grog getrunken und mit einem Dollar bezahlt. Der Ober hat ihm 12000 Kronen herausgegeben. Vor dem Fortgehen überlegt es sich der Amerikaner noch einmal, und bestellt einen Mokka nach. Als er mit 500 Kronen dafür bezahlen will, legt ihm der Ober seinerseits 500 Kronen auf den Tisch. Wie — fragt der Amerikaner — ich habe doch noch den Mokka zu zahlen und Sie geben mir noch einmal 500 Kronen? Schon richtig, erwiderte der Ober, der Dollar ist inzwischen wieder um 1000 gestiegen.

○ **Belohnte Lebensrettung.** In England starb ein höherer Offizier, der sein ganzes Vermögen in Höhe von einer Million Pfund seinem einstigen Lebensretter in der Sommeschlacht, einem einfachen Soldaten Red Poirier, vermacht hat. Ein Londoner Anwaltsbureau hat, wie wir im „Prager Tagblatt" lesen, einen Aufruf nach dem Erben erlassen, der nach Amerika ausgewandert sein soll.

... wenig erfreulich bezeichnete. Infolge der Spiritusüberproduktion in der ganzen Welt empfehle sich, die Brennerei so weit wie möglich einzustellen und dafür nur gutes Material zu verwenden. Die Aussichten für die neue Brennkampagne seien ziemlich traurig. Noch weit ungünstiger liegen die entsprechenden Verhältnisse in Kongreßpolen und Galizien. Das Zusammengehen mit diesen Brennern habe sich als ein Mißgriff erwiesen, da diese Leute sich an die Verträge nicht halten. hb.

Eine Regierungserklärung zum Landarbeiterstreik.

Der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge sieht die Einigungsaktion zwischen den Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für erschöpft an und hat sich an die Allgemeinheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit folgendem Aufruf gewandt:

An die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wojewodschaft Posen! Da es zwischen dem „Zjednoczenie Producentów Rolnych" und dem „Arbeitgeberverband" einerseits und dem Berufsverband der Land- und Forstarbeiter der Polnischen Berufsvereinigung andererseits zu keiner Verständigung gekommen war, ist am 2. d. Mts. in der Wojewodschaft Posen der Landarbeiterstreik ausgebrochen. Dieser Streik fügt den Finanzinteressen des Staates und auch den inneren Verhältnissen unwiederbringliche Verluste zu und trägt dazu bei, in das öffentliche Leben der Wojewodschaft Verwirrung und Anarchie zu bringen. Alle Bemühungen, welche die Regierung gemacht hat, um den Konflikt zwischen den Produzenten und den Landarbeitern beizulegen, stießen auf die Ablehnung von seiten beider Berufsorganisationen. Ich stelle die Unmöglichkeit fest, zwischen den erwähnten Organisationen eine Einigung herbeizuführen, gebe ferner der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Staates gütlich miteinander leben und zusammen arbeiten müßten, und fordere 1. alle Landarbeiter der Wojewodschaft Posen auf, den Streik zu beenden; 2. alle landwirtschaftlichen Arbeitgeber dazu, ihren Arbeitern eine 50prozentige Lohnerhöhung im Sinne des Entscheides des Bezirks-Schlichtungsausschusses vom 14. Juli dieses Jahres auszuzahlen, ihnen ferner für die Streikzeit keine Abzüge vom Deputat zu machen und sie lediglich wegen der Beteiligung am Streik als solchem nicht zu entlassen.

Nur auf dem Wege gegenseitiger Zugeständnisse wird man die schädlichen Folgen des gegenwärtigen scharfen Konflikts praktisch beseitigen können. Im Namen des Staatswohls appelliere ich an die Landarbeiter und deren Arbeitgeber, auf der Grundlage der oben angeführten Bedingungen den Landarbeiterstreik auf jedem einzelnen Gut sofort beizulegen.

Warschau, 8. August 1922.

Der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge.
(—) m. p. Ludwik Darowski.

*

Eine Erklärung des Arbeitgeberverbandes.

Zu der vorstehenden Erklärung des Herrn Ministers, der im Interesse des Landes zu sofortiger Liquidierung des Streiks auf Grund örtlicher Vereinbarung auffordert, bemerken wir:

1. Hinsichtlich der Barlöhne bleibt es bei unseren bisherigen Zusagen, das heißt 50 Prozent Zulage zu den Junilöhnen, zahlbar ab 1. Juli 1922.

2. Bei Entlassung von Arbeitern ist unter Wahrung unseres Rechtsstandpunktes, daß der Streik automatisch alle Verträge der Streikenden gelöst hat, mit größter Milde zu verfahren. Entlassungen sind nur den Aufwieglern, Terroristen usw. zu erteilen.

3. Nach unserer Auffassung muß auch das Deputat (nach dem Wert des alten Budgets) für die Streiktage abgezogen werden; doch ist zu empfehlen, den Arbeitern hierbei Erleichterung zu gewähren, insonderheit dadurch, daß die Abzüge in Form von Überstunden abgearbeitet werden können.

4. Alle Verhandlungen sind nicht mit den bisherigen Vertrauensleuten des Z. Z. P. oder den Streikkomitees zu führen, sondern mit anderen Arbeitervertretern, die bisher eine ruhige Haltung bewahrt haben.

5. Unter Wahrung vorstehender Richtlinien empfehlen wir im Sinne des Aufrufs des Herrn Ministers den baldigen Abschluß örtlicher Verträge.

Arbeitgeberverband.

*

Das Abflauen des Ausstandes.

Nach den heut hier vorliegenden Nachrichten ist der Landarbeiterausstand überall, selbst in den Kreisen, in denen er am heftigsten entbrannt war, im Abflauen begriffen.

Einfuhrkontingente für die Leipziger Messe. In diesen Tagen fand im Sitzungszimmer des Meßamts für die Mustermessen in Leipzig eine Besprechung der Vertreter der Außenhandelsstellen über die für die Messe zur Einfuhr zu bewilligenden Kontingente statt. Den Wünschen der ausländischen Aussteller wurde im allgemeinen weitgehend Rechnung getragen.

X **Der Beginn der Jagd im Bezirk der Wojewodschaft Posen** ist für Rebhühner, Wachteln und Schnepfen auf Sonnabend, 19. August, für Fasanen. Birkhähne und Birkhennen auf Sonnabend, 16. September, vom Bezirksausschuß festgesetzt worden.

Auftreten einer spanischen Tänzerin. Carmi Norel, 12jährige spanische, klassische Tänzerin, tritt ein einziges Mal in Poznań auf, Sonnabend, den 12. August d. Js. im Teatr Narodowy (Piekary). Carmi Norel, die trotz ihres kindlichen Alters bereits eine gefeierte und hochgeschätzte Künstlerin ist, tanzt an diesem Abend wunderbare Tanzpoeme von Chopin, Schubert, Jossee, Delibes, Mozart, Rubinstein, Popy, Waldteufel, Yoshitomo und Kreisler. — Die prachtvollen Kostüme Carmi Norels sind angefertigt nach Mustern der Malerin Giuseppe Baladero. Kartenverkauf findet in der Zigarrenhandlung M. Siudzik (Plac Wolności 1) statt.

X **Eine verdächtige Kinderfreundin.** Am Sonntag näherte sich in der ul. Ogrodowa (fr. Gartenstr.) einem 4jährigen Kinde ein junges Mädchen und stahl ihm die Ohrringe. Die Diebin konnte in der 22jährigen Wanda Urbaniak ermittelt und festgenommen worden. Die Ohrringe wurden bei ihr noch vorgefunden.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) wurde einem Jungen ein vermutlich gestohlener Trauring mit den Buchstaben K. R. 1893 abgenommen. Der Eigentümer kann sich im genannten Kommissariat melden. — Einem Durchreisenden aus Lodz wurde auf dem hiesigen Bahnhofe ein vermutlich ebenfalls gestohlener silberner Eßlöffel mit einem Monogramm (vermutlich J. H. lautend) und den Buchstaben A. M. 7. April 1902 abgenommen. Der Löffel kann bei der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Diebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses ul. Maleckiego 28 (fr. Prinzenstr.) wurden einer Frau 400 000 M. bares Geld gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Łazarska 8 (fr. Lazarusstr.) wurde ein Fahrrad Marke Kastor, Nr. 679 420 und eine Mauserpistole mit 16 Patronen im Werte von 200 000 Mk. gestohlen.

---

* **Mogilno**, 7. August. In der hiesigen Gegend ist die Roggenernte zum größten Teile beendet. Infolge der Regenperiode wurde jede Gelegenheit zum Ernten ausgenutzt, selbst Sonntags konnte man überall Roggen einfahren sehen. Man ist jetzt dabei, die Gerste und den Hafer zu mähen. Durch den lang anhaltenden Regen gedeihen die Futtergewächse zwar gut, allein auf den schweren Böden könnte die zu große Feuchtigkeit zur Kartoffelfäulnis führen.

* **Thorn**, 7. August. Am Mittwoch, als der Zug in Thorn hielt, der internierte Deutsche aus Rußland zurücktransportierte, wurde die Polizei davon benachrichtigt, daß ein Todesfall unter den Transportierten vorgekommen ist. Gestorben ist die 19 Jahre alte Tochter des Rückwanderers Rejm und seiner Frau Petronella, geb. Dymijerów. Zum Tode trugen anscheinend mangelhafte Ernährung und die Strapazen der Reise bei. Die Leiche wurde der Sanitätsabteilung beim Magistrat zur Beerdigung übergeben. — Am 2. d. Mts. traf auf dem Hauptbahnhof ein Reisender Konstanty Pruszake ein. Da er sich nach der Stadt begeben wollte, brachte er sein Gepäck auf dem Hauptbahnhof zur Aufbewahrungsstelle, um dann den Weg zur Dampferanlegestelle zu nehmen. Er kaufte eine Fahrkarte für den Dampfer, gab aber in der Zerstreutheit seinen Gepäckschein ab und bemerkte den Irrtum erst, als er das Gepäck wieder auslösen wollte. Die sofort eingeleitete Untersuchung der Kriminalpolizei hatte das Ergebnis, daß sich ein gewisser T. D. das Gepäck angeeignet und es auf der Basarkämpe versteckt hatte. Der Reisende kam wieder in seinen Besitz. — Beim Abbruch des dem Vernehmen nach nach Graudenz verkauften Flugzeugschuppens auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz wurde einer der aufsichtsführenden Beamten durch einen herabstürzenden Teil des Daches ziemlich schwer verletzt.

* **Konitz**, 8. August. Im Manufakturwarengeschäft Balzer u. Boris in Konitz hatte eine Verkäuferin nach und nach Waren im Werte von 200 000 Mark entwendet und bei ihren Eltern in Rüttel aufgestapelt. Bei einer dort vorgenommenen Haussuchung wurden die gestohlenen Sachen gefunden.

* **Karthaus**, 8. August. Bei einem in Adlig Kamienitza getöteten Hunde ist amtlich Tollwut festgestellt worden. Zur Verhütung der weiteren Verschleppung der Seuche wurde die Hundesperre bis zum 25. Oktober angeordnet.

* **Graudenz**, 8. August. Man bemerkt, daß viele Zigarren- und Tabakgeschäfte ihre Betriebe bereits umstellen. Tabak und Tabakerzeugnisse verschwinden aus den Schaufenstern und andere Verbrauchsartikel treten an ihre Stelle. Es machen sich auch die Folgen der Daninazahlung und hohen Patentkosten bemerkbar. Besonders kleinere Gewerbetreibende vermochten die hohen Lasten nicht zu tragen und stellten den Betrieb ein. In Geschäften, welche zwei Gewerbebetriebe vereinigt hatten, ein Materialwarengeschäft und Ausschank, hat man für letzteren ein Patent nicht mehr gelöst und ihn eingehen lassen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 7. August. Hier ist eine Bande von Automobilbanditen festgenommen worden. Der zuletzt verhaftete Bandit Fronczkiewicz gestand alle seine Schandtaten ein und machte interessante Angaben über die Tätigkeit dieser Bande. Diese verübte in verschiedenen Kreisen an hundert Raubüberfälle. Allein im Kielcer Kreise wurden 18 Raubüberfälle ausgeübt. Während der ganzen Zeit stand an der Spitze der Banditen Klak, der die Bande gut organisierte und eine strenge Disziplin einführte. Kleinste Vergehen wurden streng bestraft. Es wurden Geldstrafen verhängt, oder die Banditen durften für eine gewisse Zeit an den Raubüberfällen nicht teilnehmen. Klak gestattete es nicht, jemanden zu beleidigen, und bestrafte die Untergebenen für jedes grobe Wort. Auf diese Weise haben die Banditen von der Waffe niemals Gebrauch gemacht. Eine Ausnahme bildete nur ein Überfall in Plock.

Warschau, 8. August. In diesen Tagen fand in einer Gastwirtschaft in der Senatorskastraße ein Trinkgelage statt. Einer der Gäste gab dem Kellner 250 Dollar Trinkgeld und erklärte: „Die Rechnung und das Trinkgeld ist erst die Hälfte von dem, was ich in Amerika dafür zahlen würde!"

Aus Ostdeutschland.

* **Schneidemühl**, 3. August. Gestern nachmittag wurde die Schülerin Marie R. im Walde bei Koschütz beim Pilzesuchen von einem jungen Manne überfallen. Der Täter, ein etwa 20jähriger Bursche, würgte das Mädchen und verging sich dann schwer an der Überfallenen. Darauf durchschnitt er ihr mit einem Küchenmesser, das sie zum Pilzesuchen bei sich hatte, die Kehle. Der Direktor des Elektrizitätswerks, der zufällig im Auto die Chaussee passierte, brachte das Mädchen sofort in das Städtische Krankenhaus.

* **Küstrin**, 7. August. Am 2. August nachmittags ist in einem alten Festungswerk bei Küstrin-Kietz eine Explosion erfolgt. Es ist dort Sprengmunition, die zur Ausrüstung der Festung gehört, in die Luft geflogen. Die Ursache ist bisher noch nicht festgestellt; es wird Selbstentzündung vermutet. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Ein Uebersetzungsfehler

befindet sich auf der ersten Seite unserer gestrigen Nummer unten rechts. In dem Abschnitt „Die Festlichkeiten in Krakau" muß es in Zeile 7 von unten heißen: „Der Staatspräsident drückte darauf die Hand des Mannes."

Sport und Jagd.

Tennisturnier.

Die Tennissektion des hiesigen Sportklubs „Warta" veranstaltet am 12. d. Mts. (Sonnabend) und den darauf folgenden Tagen auf den Tennisplätzen von „Warta" an der Pionierkaserne (Endstation der Straßenbahnlinie 2) ein internationales Tennisturnier. Der Beginn der Wettkämpfe ist auf 3 Uhr nachm. festgesetzt worden. Das Programm ist folgendes: 1. Wettkampf um die Meisterschaft von Großpolen. 2. Meisterschaft von Posen. 3. Handicap-Spiel (Vorgabespiel).

Der „Budapesti Torna Klub", der am 12. und 13. August Wettspiele mit dem Posener Bezirksmeister K. S. „Warta" austragen wird, kommt in folgender Aufstellung nach Posen: Palszek-Köszegi, Orban-Szabó, Kanyaurek (repr.), Rauchmaul (repr.), Mahr, Horvat, Potz (repr.), Sveng, Szantó (repr.). Reservespieler: Brauchler, Horvat II, Schebeck, Kiserö, Hajós, Martinkó. Mit dem B. T. C. kommt nach Posen der Vizepräsident des ungarischen Fußballbundes, Herr Ing. Hajós, der im Jahre 1907 die Weltmeisterschaft im Schwimmen gewann. Der B. T. C., der schon des öfteren in Kleinpolen Wettspiele ausgetragen und gute Resultate sowohl gegen Cracovia als auch gegen andere erstklassige polnische Mannschaften erzielt hat, wird auch in Posen nur erstklassigen Sport bieten.

Ruderregatta um die Meisterschaft von Polen. Am 14. und 15. d. Mts. veranstaltet der Verband der Rudervereine die dritte Ruderregatta um die Meisterschaft von Polen. Die Wettkämpfe finden in Bromberg statt. Es beteiligen sich die Städte Warschau, Posen, Krakau, Wilna und Bromberg. Der vorjährige Meister ist der Bromberger Ruderklub „Bydgoskie Towarzystwo Wioslarskie.

Der Ruderklub „Tryton" feierte am vergangenen Sonntag das zehnjährige Bestehen seit seiner Gründung. Die Feierlichkeiten wurden mit einem Gottesdienst in der Pfarrkirche eingeleitet. Nach dem Gottesdienst begab man sich unter den Klängen einer Militärkapelle in einem Umzug zum Bootshaus von „Tryton", wo die feierliche Jubiläumssitzung stattfand, die der Vorsitzende des Ruderklubs „Tryton", Herr Stürmer, eröffnete. Nach Bildung des Präsidiums gedachte Herr Stürmer in herzlichen Worten der Gründer des Vereins. Geistl. Paulus stellte dann die Tätigkeit des Vereins während der 10 Jahre dar, wonach die einzelnen erschienenen Vertreter ihre Wünsche darbrachten und Geschenke überreichten. Um 3 Uhr begann das Wettrudern: Im 1. Rennen (Dauben-Doppelzweier, 4 kurze Ruder), siegte die Mannschaft von „Tryton". Silberne Medaillen und ein Alfenide-Leuchter fielen ihr als Preis zu. Das 2. Rennen (Dauben-Vierer) gewann der „Klub Wioslarski". Preis: Silberne Medaillen und eine versilberte Bowlenvase. Im 3. Rennen (Dauben-Zweier, lange Ruder) siegte „Tryton". Preis: Silberne Medaillen und ein Bierseidel aus Majolika. Das 4. Rennen (Einer, internes Rennen von „Tryton") gewann Duszyński und damit eine Silbermedaille. Im 5. Rennen (Achter) wurde „Tryton" mit 3 Längen Sieger. Preis: silberne Medaillen und ein Horn in prächtiger Einfassung. Das 6. Rennen (Jubiläumsvierer, internes Rennen) gewann die Mannschaft des Steuermanns Michałowicz. Preis silberne Medaillen und ein silberner Pokal.

Nach beendigten Rennen fand ein Schwimmen in voller Kriegsausrüstung mit Karabiner in der Hand statt.

Abends fand im Bootshause ein Tanzvergnügen statt, das sich bis zum Morgengrauen hinzog.

Die deutsche Fußballmeisterschaft. Das zweite Entscheidungsspiel um die Fußballmeisterschaft von Deutschland ist wiederum unentschieden ausgefallen. Gleich nach Beendigung des Spiels ist der Spielausschuß und der Vorstand des Deutschen Fußballbundes zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu dem unentschiedenen Ausgang Stellung zu nehmen. Der Schiedsrichter sprach den Sieg den Hamburgern zu. Er begründete das damit, daß Nürnberg nur noch 7 Mann im Felde hatte. Der Spielausschuß schloß sich jedoch der Ansicht des Schiedsrichters nicht an, wobei er sich auf die Satzungen berief. Es muß also noch ein drittes Entscheidungsspiel ausgefochten werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. H. in K. 1. Der Gläubiger muß die Hypothek in polnischer Valuta annehmen. Wir empfehlen Ihnen jedoch, in der Hypothekenlöschungsurkunde Ihre Quittung in dem Sinne zu vollziehen, daß Sie die in deutschem Gelde gezahlte Hypothek in polnischem Gelde zurückerhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen auch noch einmal auf dem Gebiete Besserungen bringen. 2. Diese Steuer wird unseres Wissens überhaupt nicht mehr gezahlt.

A. B. C. Teuerster, Sie irren sehr. Ihre Frage ist damals sofort, und zwar im Briefkasten der Nr. 145 vom 2. Juli dahin beantwortet worden, daß die polnische Mark am 3. April 1920 mit 43 notierte.

P. S. Es ist selbstredend, daß Stempel- und Umsatzgebühren, dem Sinken des Geldwertes entsprechend, auch in Deutschland erhöht worden sind. In welcher Höhe das geschehen ist, können wir Ihnen nicht sagen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. August 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen (neuer) .	15 000–16 800	Weizenkleie	9 400
Roggenmehl 70 %	25 000—27 000	Roggenkleie	10 000

Des Landarbeiterstreiks wegen sind die Zufuhren gering; Roggenzufuhren (trocken) über Notiz gezahlt. — Stimmung: schwankend.

Posener Viehmarkt vom 9. August 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder**: A. **Ochsen** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000—9000 M. B. **Bullen** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000 bis 9000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000—9000 M. D. **Kälber** I. Sorte 30 000—33 000 M., II. Sorte 25 000—27 500 M.

II. **Schafe**: I. Sorte 24 000—26 000 M., II. Sorte 21 000 bis 22 000 M.

III. **Schweine**: I. Sorte 63 000—64 000 M., II. Sorte 59 000 bis 60 000 M., III. Sorte 50 000—52 000 M.

Der Auftrieb betrug: 198 Rinder, 172 Kälber, 255 Schafe, 1002 Schweine. — Tendenz: sehr lebhaft, gut gemästete Stücke über Notiz

---

Berliner Börsenbericht

vom 8. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	390.—	Polnische Noten	11.50
Danziger Priv.-Aktienbank	250.—	Auszahlung Holland . .	29 600.—
Ostbank	203.—	" London . .	3405.—
Hartmann Masch.-Aktien	820.—	" Neuyork . .	763.—
Phönix	2500.—	" Paris . . .	6190.—
Schuckert	915.—	" Schweiz . .	14 450.—
Hapag	500.—	Koehlmann-Stärke . . .	1710.—
3½ % Pos. Pfandbriefe .	—.—	Ungarische Goldrente . .	870.—
Auszahlung Warschau .	11.50		

= **Danziger Börse** vom 9. August. Polnische Mark 11,60. Dollar 795.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.